

Stenographisches Protokoll.

106. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 24. November 1932.

Inhalt.

Regierungsvorlagen: 1. Recht zur Führung der Bezeichnung „Diplomkaufmann“ (B. 442) (2767);

2. Einhebung von Bundesabgaben in Wien und Graz (B. 443) (2767);

3. Viehfonds-gesetz (B. 444) (2767).

Tagesordnung: Stellung zweier Gegenstände auf die Tagesordnung (2767 u. 2780).

Verhandlungen: 1. Erste Lesung des Antrages des Abg. Dr. Karl Renner (280/A) auf Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes — Geschäftsordnungsausschuß (2767);

2. Erste Lesung des Antrages der Abg. Dr. Buresch u. Gen. (283/A) auf Abänderung der autonomen Geschäftsordnung des Nationalrates — Sitz (2780), Dr. Straßner (2784) — Geschäftsordnungsausschuß (2785).

Dringliche Anfrage: Schneeberger, Wihany, Schlesinger, Bundesminister für soziale Verwaltung, wegen der Richtlinien über die Gewährung der Notstandshilfe (2767) — Schneeberger (2768), Wihany (2771), Bundesminister Dr. Reich (2773), Bundesminister Dr. Weidenhoffer (2774), Prodingner (2775), Richter (2777).

Ausschüsse: Wahl eines 25gliedrigen Geschäftsordnungsausschusses (2785).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Dr. Renner auf Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes (280/A);

2. Paulitsch, Gritschacher in einer Notstandsangelegenheit (281/A);

3. Pölzer, Müller, Genner, betr. die Verlängerung der Pächterschutzverordnung (282/A);

4. Dr. Buresch auf Abänderung der autonomen Geschäftsordnung des Nationalrates (283/A).

Anfragen: 1. Prodingner, Dr. Straßner, Dr. Hampel, Bundesregierung, betr. die Graz-Köflacher Eisenbahn (101/I);

2. Dr. Kolb, Dr. Kneußl, Bundesregierung, betr. die Verschmälerung der Vorlesung des Privatdozenten Dr. Reut-Nikolussi an der Universität in Innsbruck (102/I);

3. Sever, Deutsch, Bundeskanzler, wegen der Einreise für den Schriftsteller Egon Erwin Kisch (103/I);

4. Janicki, Hözl, Finanzminister, wegen der Vergebung des Transportes von Tabakblättern an ein Protektionskind unter beträchtlicher Schädigung des Bundes-schatzes (104/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 442 und 443.

Präsident Dr. Renner eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. nachm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 8. und 9. November als genehmigt.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr. das Recht zur Führung der Bezeichnung „Diplomkaufmann“ (B. 442); Einhebung von Bundesabgaben in Wien und Graz (B. 443); Schaffung eines Fonds zur Förderung des Absatzes von inländischem Vieh und Fleisch (Viehfonds-gesetz) (B. 444).

Präsident: Es wurde ein selbständiger Antrag des Abg. Dr. Karl Renner (280/A) auf Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes eingebracht.

Gemäß § 16, E, der Geschäftsordnung ersuche ich die Abgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschlecht.*) Der Antrag ist genügend unterstützt.

Da der Antragsteller beantragt, diesen Antrag in erste Lesung zu nehmen, schlage ich gemäß § 33 der Geschäftsordnung vor, die erste Lesung auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (*Nach einer Pause:*) Es ist dies nicht der Fall. Wir werden daher die erste Lesung sofort vornehmen.

Wünscht jemand das Wort? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Die erste Lesung ist damit geschlossen.

Gemäß dem Wunsche des Antragstellers werde ich die Vorlage einem zu wählenden Geschäftsordnungsausschuß von 25 Mitgliedern zuweisen.

Die Wahl dieses Geschäftsordnungsausschusses werde ich am Schluß der Sitzung vollziehen.

Eine dringliche Anfrage der Abg. Schneeberger, Wihany, Schlesinger u. Gen. an den Bundesminister für soziale Verwaltung wegen der Richtlinien über die Gewährung der Notstandshilfe lautet:

„Die Praxis der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung erlassenen Richtlinien über die Gewährung der Notstandshilfe ist geeignet, schwere Beunruhigung in breitere Kreise zu tragen. Der Nationalrat hat den Krisenzuschlag zur Warenumsatzsteuer in der Absicht bewilligt, die ungeschmälerete Aufrechterhaltung der Notstandshilfe zu sichern. Es ist sinnwidrig, daß gerade der großen Widmung des Krisenzuschlages zur Warenumsatzsteuer für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung eine für die Arbeits-

losen unerträgliche Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung folgt.

Die Gefertigten richten daher an den Bundesminister für soziale Verwaltung die Frage:

Was gedenkt der Bundesminister für soziale Verwaltung vorzukehren, um die aus den Richtlinien entstandenen sozialen Gefahren abzuwehren?"

Diese dringliche Anfrage wird sofort in Verhandlung genommen.

Schneeberger: Hohes Haus! Es ist heute nicht das erstemal, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten gezwungen sind, von dieser Stelle aus die Öffentlichkeit, die Regierung und das Parlament auf die Not und die steigende Verelendung der Arbeitslosen aufmerksam zu machen und Abhilfe zu fordern. Unzählige Male mußten wir in den vergangenen Jahren, oft in wochen- und monatelangen leidenschaftlichen Kämpfen, das Lebensrecht der Arbeitslosen in diesem Hause verteidigen. Unser Widerstand gegen alle Anschläge auf die Arbeitslosenversicherung, unsere Abwehrkämpfe waren gewiß nicht erfolglos für die Arbeitslosen, aber dennoch ist es den jeweiligen Regierungen kraft ihrer Mehrheit, über die sie im Hause verfügten, gelungen, Einschränkungen im Unterstützungsanspruch, Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung durchzupressen. Außerdem hat das Ministerium für soziale Verwaltung alle Möglichkeiten erschöpft, um im Verwaltungs- und Verwaltungswege die Anspruchsberechtigung der Arbeitslosen einzuschränken, mehr Aussteuerungen und Kürzungen der Unterstützungen herbeizuführen. Das Ministerium für soziale Verwaltung, das dazu berufen wäre, die Interessen der Arbeitslosen wahrzunehmen und zu vertreten, hat in den letzten Jahren auf geraden und ungeraden Wegen alles getan, um den Arbeitslosen das Leben sauer zu machen. (*Rufe links: Sehr richtig!*) So ist es gekommen, daß in den letzten Jahren die Arbeitslosenversicherung in Österreich systematisch verschlechtert wurde. (*Rufe links: So ist es!*) Diese Entwicklung hat nun dazu geführt, daß wir in unserem kleinen Lande mehr als 100.000 Arbeitslose haben, die aus dem Titel „Arbeitslosenunterstützung“ oder „Notstands-aushilfe“ keinen Groschen bekommen. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Das kennzeichnet die Lage zur Genüge. Der letzte Anlaß zu einer parlamentarischen Auseinandersetzung in dieser Sache war die Verhandlung über die XXVIII. Novelle. Dabei hat es sich hauptsächlich darum gehandelt, die Mittel aufzubringen, die notwendig sind, um die Notstands-aushilfen aufrechterhalten zu können. Wir Sozialdemokraten haben verlangt, daß für diesen Zweck zunächst die Steuern auf hohe Einkommen, auf Vermögen und Luxuswaren erhöht und, soweit diese Mittel nicht reichen, dann erst die Allgemeinheit herangezogen werden solle, diese Mittel beizusteuern. Die Regierung und die Regierungsparteien haben

diese Vorschläge abgelehnt und darauf bestanden, daß durch eine Verdoppelung der Warenumsatzsteuer unter dem Titel „Preisenzuschlag“ diese Mittel aufgebracht werden. So unsozial diese Art der Aufbringung der Mittel auch ist, so konnten doch die Arbeitslosen erleichtert aufatmen, weil sie annehmen konnten, daß sie nun, wo solche beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, wenigstens in der allernächsten Zeit von weiteren Aussteuerungen und Kürzungen verschont bleiben. Diese Hoffnung war um so berechtigter, als man die Arbeitslosen selbst zur Beitragsleistung, eben durch die Warenumsatzsteuer, herangezogen hat. (*Rufe links: Sehr richtig!*) Aber diese Hoffnungen wurden arg enttäuscht. Kurze Zeit nach der Verabschiedung der XXVIII. Novelle ist der Minister für soziale Verwaltung mit einem Entwurf für allgemein verbindliche Richtlinien, betr. die Gewährung von Notstandsunterstützungen, gekommen. Der Inhalt dieses Entwurfes war nichts anderes als ein Bruch der gegebenen Versprechungen, ein Schlag ins Gesicht der Arbeitslosen. (*Lebhafte Zustimmung links.*) Statt der versprochenen Sicherung der Notstandsunterstützung waren in dem Entwurf Massenaussteuerungen und Massenkürzungen vorgesehen. Es war selbstverständlich, daß dieses neuerliche Attentat auf die Arbeitslosen einen Proteststurm unter der gesamten Arbeiterschaft auslösen mußte. Die Vertreter der Gewerkschaften im Beirat haben dagegen angekämpft. Es ist ihnen gelungen, einen Teil dieser Bestimmungen aus dem Entwurf hinauszubringen, aber eine Reihe solcher existenzvernichtender Bestimmungen ist in den Richtlinien stehengeblieben, weil eben das Ministerium unnachgiebig gewesen ist. Nun werden seit Wochen diese Richtlinien von den Industriellen Bezirkskommissionen durchgeführt. Hohes Haus! Was sich da in der Praxis herausgestellt hat und was da den Arbeitslosen noch droht, das ist wirklich geeignet, die größten sozialen Gefahren im Lande herauszubeschwören. Wenn Sie, meine sehr geehrten Frauen und Herren, nun einmal hören, wie sich diese Kürzungen auswirken, dann werden Sie wohl zugeben müssen, daß dies ein unhaltbarer Zustand ist. (*Beifall links.*)

Nur einige Beispiele. Im Sprengel der Industriellen Bezirkskommission St. Pölten wirken sich diese Richtlinien hinsichtlich der Kürzung, an einigen Beispielen gesehen, folgendermaßen aus: Arbeitslose über 25 Jahre oder Familienerhalter haben früher in der Notstands-aushilfe 14 S 70 g erhalten; sie erhalten in der Notstands-aushilfe I jetzt 10 S 29 g (*Rufe links: Hört! Hört!*), in der Notstands-aushilfe II und III 8 S 82 g. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Verheiratete Arbeitslose ohne Kinder haben früher 18 S 20 g erhalten und sinken jetzt auf 11 S 83 g in der Woche. (*Rufe links: Unerhört!*) Familienerhalter mit zwei Kindern früher 21 S, jetzt 15 S 75 g. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Das, hohes Haus, ist in dem Gebiet A.

In dem Gebiet B schaut die Sache folgendermaßen aus: Arbeitslose über 25 Jahre oder Familienerhalter sinken jetzt von 14 S 70 g auf 7 S 35 g in der Woche herunter (*Rufe links: Hört! Hört!*), Verheiratete ohne Kinder von 18 S 20 g auf 10 S 92 g (*Rufe links: Hört! Hört!*), Familienerhalter mit zwei Kindern von 21 S auf 14 S 70 g. (*Rufe links: Hört! Hört!*)

Im Gebiete C ist es natürlich noch ärger. Arbeitslose über 25 Jahre oder Familienerhalter sinken von 14 S 70 g auf 7 S 35 g, Verheiratete ohne Kinder von 18 S 20 g auf 9 S 10 g, Familienerhalter mit zwei Kindern von 21 S auf 12 S 60 g. (*Rufe links: Hört! Hört!*)

Es zeigt sich also, daß hier unter den verschiedensten Titeln, einmal wegen Ablauf der Fristen, wie sie in den Richtlinien vorgesehen sind, ein andermal wegen Einteilung in eine andere Zone, ein drittes Mal wegen Anrechnung eines sogenannten nennenswerten Einkommens von Angehörigen, die Notstandsunterstützung um 30, 40, 50 und mehr Prozent gekürzt wird. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Dabei ist es so, daß die Kürzungen nicht nur unter einem Titel, sondern unter zwei und drei Titeln gleichzeitig oder unmittelbar hintereinander eintreten, zum Beispiel der Arbeitslose hat die Fristen, die in den Richtlinien vorgesehen sind, in der Notstandsunterstützung durchgemacht, dann wird ihm die Notstandsunterstützung automatisch gekürzt. Dazu kommt — das ist nämlich die neueste Erfindung —, daß er nicht in der Zone A, sondern in der Zone B oder C liegt, was eine neuerliche Kürzung verursacht, und endlich stellt sich dann drittens heraus, daß dieser Arbeitslose ein sogenanntes nennenswertes Einkommen in seinem Haushalte hat, was eine weitere Kürzung um 20 Prozent zur Folge hat. Es sind jetzt nach diesen Kürzungen Notstandsunterstützungen herausgekommen, die nichts anderes mehr bedeuten als Bettelgroßen. Tägliche Unterstützungen von 50 g und noch weniger (*Rufe links: Hört! Hört!*) sind auf der Tagesordnung. Diese Beträge, die hier tausende Arbeitslose nach diesen Richtlinien jetzt als Notstandsunterstützung bekommen, reichen in vielen Fällen — das wissen Sie, Herr Minister — nicht einmal mehr aus, damit sie die Mietzinse bezahlen können, geschweige denn, daß sie imstande wären, etwas zum Leben, für Brennmaterial oder Bekleidung anzuschaffen.

Diese Kürzungen sind jetzt eine Massenerscheinung in den einzelnen Industriellen Bezirkskommissionen. So wurden zum Beispiel in St. Pölten am 28. November 2740 Arbeitslose gekürzt (*Rufe links: Hört! Hört!*), am 19. Dezember werden 5662 gekürzt, am 28. Dezember 2740. In Wiener Neustadt wurden am 1. November 1400 gekürzt, am 20. November 1800 und vor Weihnachten sind 6000 für die Kürzung in Aussicht genommen. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Ein schönes Weihnachtsgeschenk für die Arbeitslosen,

Herr Minister, wenn ihnen kurz vor den Feiertagen die Notstandsunterstützung, die ohnehin ihn ihrer jetzigen Höhe nicht ausreicht, um notdürftig leben zu können, noch um 20, 30 und bis zu 50 Prozent herabgesetzt wird. Das sind einfach Zustände, die unhaltbar sind.

Neben diesen Kürzungen laufen die Aussteuerungen. Auch wieder unter den verschiedensten Titeln. Einmal weil die Fristen abgelaufen sind, innerhalb deren der Betreffende Anspruch auf Unterstützung gehabt hat; dann weil die „besondere Notlage“ nicht gegeben ist. Auch da werden die Vorschriften immer strenger und immer enger gezogen, so daß auch unter dem Titel „keine besondere Notlage“ immer mehr Arbeitslose aus dem Unterstützungsgenuß ausscheiden. Es wäre sehr interessant, von den Herren Vertretern der Bauernschaft einmal zu hören, was sie zu solchen Begriffsbestimmungen der „besonderen Notlage“, wie sie das Ministerium für soziale Verwaltung als bindende Weisung an die Industriellen Bezirkskommissionen hinausgibt, zu sagen haben. Da steht zum Beispiel drinnen: wenn ein Arbeitsloser 2 Joch Grund als Pächter oder Besitzer bewirtschaftet und 1 Kuh hat, dann ist die besondere Notlage nicht mehr gegeben. Also, wer 1 Kuh besitzt, ist schon nicht mehr in besonderer Notlage! Wie gut muß es dann jenen gehen, die 3, 5, 10 und mehr Kühe besitzen! Das wäre doch die zwingende Schlussfolgerung aus solchen Grundsätzen für die Beurteilung der „besonderen Notlage“.

Meine Herren! Wenn ein Landwirtschaftsminister, und sei es auch der jetzige Herr Bundeskanzler Dr. Dollfuß, es wagen würde, bei der Beurteilung der Notlage der Bauern oder bei der Verteilung eines Notopfers an die Bauernschaft solche Grundsätze anzuwenden — ich garantiere dafür: ein solcher Minister wäre den letzten Tag Minister gewesen! (*Lebhafter Beifall links.*) Er hätte alle seine Vertrauensstellen in der Partei und außerhalb der Partei verwirkt, und wenn er es wagen würde, hinauszugehen zu den Bauern, zu sagen: Was wollt ihr? Ihr habt nicht nur 1 Kuh wie der Arbeitslose, ihr habt 5, 10 und 15 Kühe; wie gut muß es euch gehen! — ich bin überzeugt, daß er dann nicht mehr mit seinen geraden Gliedern aus dieser Bauernversammlung herauskommen würde. (*Heiterkeit links.*) Und die ganze Bevölkerung würde eine solche Justiz verstehen, weil ja eine solche Begriffsbestimmung der „besonderen Notlage“ nichts anderes ist als ein Hohn auf die Not. (*Lebhafter Beifall links.*) Nur ein Hohn ist es, wenn man dem Arbeitslosen sagt: Weil du eine Kuh besitzt, gibt es für dich keine besondere Notlage, und deswegen werden wir dir keine Unterstützung gewähren.

Hohes Haus! Diese „Aus Hungerungsrichtlinien“ — so werden sie nämlich mit Recht von den Arbeitslosen genannt — sollen nun jetzt, bei Einbruch des

Winters, wo jede Beschäftigungsmöglichkeit für diese Menschen verschüttet ist, und im Laufe der Wintermonate durchgeführt werden. Schon bei den ersten Auswirkungen dieser Richtlinien gab es nicht nur bei den betroffenen Arbeitslosen, sondern bei der Gesamtheit der Arbeitslosen begreifliche Erregung und Empörung. Diese Erregung ist jetzt in einigen Gebieten bis zur Siedehitze gestiegen, und, hohes Haus, man darf sich nicht wundern, wenn sich die Arbeitslosen dazu verleiten lassen, Aktionen in Szene zu setzen, die sie mit dem Geseze in Konflikt bringen; man darf sich nicht wundern, wenn sich jetzt unter den Arbeitslosen die Idee durchsetzt, zur Selbsthilfe zu greifen, das, was man ihnen verweigert, das tägliche Brot, sich selbst zu nehmen, wo sie glauben, es finden zu können.

Da gibt es gewisse Kreise, die angesichts dieser Verhältnisse und dieser Gefahr nichts Besseres zu tun wissen, als eine Verstärkung der Polizei und der Gendarmerie und eine bessere Ausrüstung der Staatsgewalt zu verlangen. Allen diesen Kreisen möchte ich von dieser Stelle sagen: Wenn die Flut der Not und des Elends einmal die Dämme durchbricht, dann wird alle Ordnungsgewalt im Staate nichts nützen; wenn diese Lawine einmal losgeht, dann wird sie alles mit in den Abgrund reißen. (*Lebhafter Beifall links.*) Darum, meine Herren und Herr Minister, warnen wir davor, den Bogen zu überspannen. Es ist wirklich die zwölfte Stunde, es ist die höchste Zeit, daß hier eingegriffen wird. Es ist doch tausendmal klüger, statt Säbel und Revolver für die Polizei mehr Brot für die Arbeitslosen anzuschaffen. (*Lebhafter Beifall links.*) Wir erwarten, Herr Minister, von Ihnen heute eine Antwort, die geeignet ist, die aufgeregten und mit Recht empörten und verzweifelten Arbeitslosen zu beruhigen.

Bisher hat der Herr Minister für soziale Verwaltung die Forderungen nach Abänderung der Richtlinien hauptsächlich mit der Begründung abgelehnt, daß die Mittel nicht vorhanden wären, um die Richtlinien zu verbessern. Herr Minister, das ist eine Ansicht von Ihnen oder von der Regierung, aber ein Beweis dafür, daß das so ist, ist noch nicht erbracht, den Beweis ist man uns bis heute noch schuldig geblieben. Rechenkunststücke des Finanzministeriums, die bei der Erstellung des Bundesvoranschlages aufgeführt werden, können für uns nicht bestimmend dafür sein, anzuerkennen, daß wirklich das, was die Erhöhung der Warenumsatzsteuer für den Arbeitslosenfonds einbringt, nicht ausreicht, um die bisherigen Unterstützungssätze aufrechterhalten zu können. Es ist absolut unzulässig, ohne einen Beweis zu erbringen, daß eine zwingende Notwendigkeit vorhanden ist, Kürzungen und Aussteuerungen vorzunehmen, jetzt schon mit solchen Maßnahmen vorzugehen. Wir verlangen daher, Herr Minister, daß erst überprüft werde, inwieweit die Mittel, die

durch die Erhöhung der Warenumsatzsteuer aufgebracht werden, ausreichen, um die bestehenden Unterstützungen aufrechtzuerhalten. Nur ist es natürlich notwendig, daß erst eine gewisse Erfahrung gesammelt wird. Es ist gewiß nicht zuviel verlangt, wenn wir fordern, daß jetzt die Kürzungen, soweit sie durchgeführt, zurückgenommen und mit weiteren Kürzungen innegehalten werde, bis man einmal sieht, wie sich die finanzielle Gebarung entwickelt. (*Lebhafter Beifall links.*) Und wenn sich, Herr Minister, wirklich herausstellen sollte, daß die Aufrechterhaltung der früheren Unterstützungssätze um 10 oder 20 Millionen Schilling mehr kostet, als die Erhöhung der Warenumsatzsteuer einbringt, so werden weder Sie noch irgend jemand instande sein, den Arbeitslosen einzureden, daß bei einigem guten Willen solche Beträge nicht aufzubringen wären. (*Lebhafter Zustimmung links.*) zumal da die Arbeitslosen täglich hören und in den Zeitungen lesen, wie dieser Staat hunderte und hunderte Millionen für verfrachtete Banken und andere Unternehmungen ausgegeben hat, wie die Regierung über Beträge mit den Auslandsgläubigern der Credit-Anstalt verhandelt, von denen sich die gewöhnlichen Menschen keine Vorstellung machen können, wie da für verschiedene andere Zwecke Beträge ausgegeben werden, wo es weit weniger wichtig ist als in diesem Falle.

Der Herr Minister für soziale Verwaltung hat bei den ersten Beschwerden, die ihm aus einzelnen besonders hart betroffenen Gebieten zugekommen sind, darauf verwiesen, daß in anderen Gebieten die Erregung und der Protest unter den Arbeitslosen noch nicht so groß geworden sind, wie zum Beispiel in St. Pölten oder in Wiener Neustadt. Herr Minister, Sie wissen, solange die Industriellen Bezirkskommissionen gezwungen waren, selbst die Mittel für die Notstandsunterstützungen aufzubringen, und die Möglichkeit hatten, die Höhe und die Dauer des Bezuges der Notstandsunterstützung nach eigenem Ermessen festzusetzen, hat sich eine verschiedenartige Praxis herausgebildet. Und wenn in der Vergangenheit in den Industriellen Bezirkskommissionen, wo die höchst zulässigen Beiträge eingehoben wurden, alle Mittel verbraucht waren und Aussteuerungen und Kürzungen vorgenommen werden mußten, so war das außerordentlich bedauerlich. Aber, Herr Minister, die Arbeitslosen zum Beispiel in St. Pölten können sich nicht damit satt essen, wenn Sie ihnen sagen, die Arbeitslosen in Kärnten oder in Tirol oder in Steiermark haben schon früher zu hungern angefangen als sie. Das, Herr Minister, ist keine Lösung. Damit können sich natürlich die Arbeitslosen nicht zufrieden geben.

Die Verhältnisse sind also so, daß wir alle zur Überzeugung gekommen sind, daß diese Richtlinien, so wie sie jetzt sind, absolut nicht aufrechtzuerhalten sind. Es ist unbedingt notwendig, daß mit der Durchführung dieser Richtlinien, soweit sie Aussteuerungen und Kürzungen betreffen, zunächst innegehalten und

eine gewisse Erfahrung gesammelt werde, daß abgewartet werde, wie die finanzielle Entwicklung überhaupt ist. In einem späteren Zeitpunkt wird dann das Parlament Gelegenheit haben, sich mit den Verhältnissen zu beschäftigen, wenn es notwendig sein sollte, dafür zu sorgen, daß wiederum die nötigen Mittel aufgebracht werden.

Die Arbeitslosen brennen ja nicht auf den Bezug der Arbeitslosenunterstützung, die Arbeitslosen wollen arbeiten. *(Lebhafte Zustimmung links.)* Aber man gibt ihnen doch keine Arbeit. Die Herren Unternehmer unternehmen nichts mehr, die Herren Arbeitgeber geben keine Arbeit mehr, und die Herren Wirtschaftsführer führen keine Wirtschaft mehr. *(Erneute Zustimmung links.)* Die Arbeitslosen haben daher beim besten Willen keine Möglichkeit, eine Beschäftigung oder Arbeit zu finden. Wenn man aber diesen Menschen die Möglichkeit, durch Arbeit ihr tägliches Brot zu verdienen, verweigert, dann ist die Gesellschaft, dann ist der Staat verpflichtet, auf andere Weise für ihren Unterhalt zu sorgen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Hohes Haus! Ich erkläre Ihnen zum Schluß: So wie vor zwei oder drei Jahren, als die Preise der agrarischen Produkte rapid gesunken waren, die Vertreter der Landwirtschaft in das Haus gekommen sind und verkündet haben, die wichtigste und dringendste Aufgabe sei die Behebung des Notstandes der Bauernschaft, so erkläre ich Ihnen heute, daß die wichtigste und dringendste Maßnahme die Abwanderung der Richtlinien ist, die der Minister für soziale Verwaltung in den letzten Wochen erlassen hat. *(Lebhafter Beifall links.)* — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.)

Witzany: Hohes Haus! Die Fragen der Arbeitslosenunterstützung und besonders der XXVIII. Novelle und der zu ihr erlassenen Richtlinien haben in den Kreisen der Arbeitslosen unerhörte Erbitterung hervorgerufen. Wir in Oberösterreich sind von diesen Richtlinien auf das allerschwerste betroffen. Im Bundesvoranschlag wie bei der XXVIII. Novelle hat man sich die Unterstützung der Arbeitslosen ganz anders vorgestellt. Da hat es geheißen, der Arbeitslose verursacht in der Arbeitslosenunterstützung tägliche Kosten von 2 S 50 g, in der Notstandsunterstützung von 2 S 20 g und der Altersrentner von 1 S 60 g. In Wirklichkeit ist es aber ganz anders. Die Leute bekommen bedeutend niedrigere Unterstützungen und erfahren schon seit Monaten immer neue Kürzungen. Man redet sich darauf aus, daß die Mittel nicht vorhanden seien und daß man droffeln müsse. Die Mittel sind aber durch das im heurigen Sommer beschlossene Gesetz bereitgestellt, und auch im Budget ist ein Mehrerfordernis von zirka 85 Millionen Schilling vorgesehen worden. Aber das Ministerium für soziale Verwaltung will die alten Schulden des

Arbeitslosenfonds mit einem Schlage aus den Einnahmen des Krisenzuschlages im nächsten Jahre decken. Das ist ein unmöglicher Zustand. Man kann nicht einfach den Arbeitslosen die Unterstützungssätze bis zu 45, 67 und 105 g pro Tag kürzen. Bei der Notstandsunterstützung wurden gleichfalls, wie mein Kollege Schneeberger schon ausgeführt hat, Kürzungen in einem ganz außergewöhnlichen Maße vorgenommen. In den Städten sind wöchentliche Kürzungen bis zu 5 S 25 g, in den gemischten Gebieten von 3 S 92 g und in den Landgebieten von 5 S 88 g erfolgt. Diese Reduktionen wurden neuerdings an den ohnedies schon äußerst gekürzten Unterstützungssätzen durchgeführt.

Im Deutschen Reiche wurden im heurigen Sommer gleichfalls neue Bestimmungen geschaffen. Da hat man den Familienerhalter Familienzulagen in der Höhe von 3 S 40 g bis 6 S 80 g in der Woche gewährt; bei uns in Österreich werden die Sätze in der gleichen Höhe gekürzt. Das sind Eingriffe in die Lebensbedingungen der Arbeitslosen, wie sie brutaler nicht mehr gedacht werden können. Dabei sind die jungen Leute am stärksten der Not ausgesetzt. Sie können nirgends Arbeit erhalten und bekommen bis zum 18. Lebensjahr keine und vom 18. bis zum 25. Lebensjahr nur sehr gekürzte Unterstützungen. Auch die Frauen werden von diesen Maßnahmen äußerst schwer betroffen. Für Witwen mit Kindern gibt es überhaupt keine Notstandsunterstützung. Die sind von dem Bezuge vollständig ausgeschlossen, und alle diesbezüglichen Interventionen beim Ministerium für soziale Verwaltung haben bisher nichts genutzt. Man überantwortet diese Frauen einfach der gemeindeamtlichen Fürsorge.

Wir möchten gerne aus dem Munde des Herrn Ministers einmal hören, wie es möglich sein soll, mit 1 S 5 g pro Tag zu leben. Dabei beziehen die Jugendlichen in den niederen Lohnklassen derzeit nach den Richtlinien sogar nur Unterstützungen von 45 g bis 67 g pro Tag. Der Herr Minister für soziale Verwaltung hat das Recht verwirrt, sich Minister für soziale Verwaltung zu nennen, wenn er solche Lebensfragen der Arbeitslosen als kalter Rechner beurteilt und dabei die Menschen zu einem langsamen und qualvollen Hungertod verurteilt. Wir wissen selbst ganz gut, daß gespart werden muß, daß in Österreich 13 Prozent der Bevölkerung arbeitslos sind. Im Sommer dieses Jahres hat die Mehrheit die Krisensteuer beschlossen, und das Volk will diese Lasten auch tragen, denn alle glauben, daß sie zur Vinderung der Not der Arbeitslosen dienen sollen. Sie wollen die Mittel, die den Arbeitslosen gehören, verwenden, um die durch unerhörte Gaunereien entstandenen Bankschulden zu bezahlen, bei den Arbeitslosen erwacht Ihre Ordnungsliebe und Ihr Gewissen, da muß alles gleich gedeckt sein, für die Abenteuerer und Bankjuden haben Sie stets ein weiches Gemüt und mitleidendes Herz.

Nun hat aber die Regierung besonders auf dem Lande ganz brutal eingegriffen. Wir haben in Oberösterreich eine Arbeitslosigkeit, die von Jahr zu Jahr steigt. Am 31. Oktober dieses Jahres standen in Oberösterreich rund 33.000 Personen im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung. Die Zahl der Beziehenden der Notstandsunterstützung ist dabei noch bedeutend höher als die Zahl der in der Arbeitslosenunterstützung Stehenden.

In Linz und Steyr sind die Verhältnisse besonders arg. In Linz sind 6218 Personen arbeitslos, von denen 2216 in der Arbeitslosenunterstützung und 4002 in der Notstandsunterstützung stehen; das heißt, 64 Prozent der Arbeitslosen beziehen die gekürzten Unterstützungssätze. Die Gemeinde Linz ist dadurch in ihrer Fürsorgetätigkeit außerordentlich in Anspruch genommen, weil für alle diese Leute, die mit diesen kargen Unterstützungssätzen nicht leben können, alle anderen Unterstützungszweige aufkommen müssen. Die gleichen Verhältnisse sind in Wels, Gmunden und in Pöchlitz, wie überhaupt im ganzen Salzkammergut die Krise außerordentlich groß ist.

Am ärgsten wirkt sich die Krise in der Stadt Steyr aus. Dort haben wir derzeit 6925 Arbeitslose, davon stehen nur 32 Prozent im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung, während 4718 Personen oder 68 Prozent im Bezuge der Notstandsunterstützung stehen.

Allen diesen total Verarmten wollte der Minister für soziale Verwaltung einfach die Unterstützungssätze so kürzen, daß am Stichtag, am 25. September, viele Hunderte in die gekürzte Unterstützung gekommen wären. In den fünf Städten Oberösterreichs mit ihren angeschlossenen Vororten sind etwa 20.000 Arbeiter ohne Arbeit. Das Verhältnis wird aber noch ärger, wenn man sich die Wirkungen der lang anhaltenden Krise in der Messer- und Senfenindustrie ansieht.

Man spricht hier immer von Landbezirken. Aber ich möchte Ihnen empfehlen, einmal in das Steyrtal, in das Ennstal, in die einzelnen Täler des Salzkammergutes und auch in das Mühlviertel hinauszugehen. Dort werden Sie sehen, daß Hunderte von Arbeitslosen ein geradezu beispiellos elendes Leben führen müssen, da sie vielfach überhaupt keine Unterstützung haben. Man hat sie in vielen Gemeinden nicht einmal in die Notstandsunterstützung hineingenommen, und dadurch sind weit über 4000 Menschen ohne jede Unterstützung. Sie haben überhaupt kein Einkommen, und auch die Gemeinden sind nicht in der Lage, irgend etwas zu leisten, weil sie auf Industrien angewiesen sind, die heute vollkommen stillgelegt sind. In allen diesen Tälern, wo es zum Großteil nur arme Gebirgsbauern gibt, ist Hilfe dringend notwendig. Im Salzkammergut, wo es viele hunderte Holzarbeiter gibt, sowie im Steyr- und Ennstal, wo die Holzindustrie vollkommen stockt, die Arbeitslosen keinerlei Unterstützung erhalten, ist

die Not ins Grauenhafte gestiegen. Die Regierung hat im Budget den Betrag von 1,2 Millionen Schilling für die arbeitslosen Forstarbeiter ausgeworfen. Sie können sich vorstellen, welche Beträge diese Leute erhalten. Mein Freund Schneeberger hat gesagt, er möchte wissen, was die Bürgermeister dazu sagen. Wir haben im Bezirk Steyr, der 24 Gemeinden umfaßt, die Bürgermeister zusammengerufen. Nur ein einziger von ihnen ist Sozialdemokrat, alle andern sind Christlichsoziale. Und diese Christlichsozialen Bürgermeister haben in einer Protestversammlung einmütig und entschieden gegen diese Richtlinien ihrer eigenen Regierung Stellung genommen. (*Zustimmung links.*) Sie haben auf dieser Bürgermeisterkonferenz beschlossen, ihre eigenen Leute zum Landeshauptmann sowie zu den Arbeitslosenämtern und zum Bundesminister zu schicken. Die Abg. Kopf und Hubmann, ferner die Bürgermeister Plager, Lenzenwöger und Ritt wurden delegiert, hier vorzusprechen und zu erklären, daß es unmöglich ist, diesen armen Teufeln in den entlegenen Gebirgstälern jede Unterstützung zu nehmen und sie derart brutal zu behandeln.

Bezüglich der Stadt Steyr können noch immer viele Leute nicht begreifen, warum die Steyrer so jammern. Dieses Jammern ist aber in Steyr wirklich vollkommen berechtigt. Wir machen seit 1929 eine überaus schwere Krise durch. Wir hatten damals 3700 Arbeitslose, heute zählen wir in Steyr mit dem Vorort Sierning 7883 Arbeitslose. Wir haben vier Jahre der schwersten Krise hinter uns, und wenn die Gemeinde Steyr nach Wien geht, um hier Hilfe zu erbitten, wird sie kalt lächelnd angehört, aber eine Unterstützung hat sie noch nicht bekommen. In Steyr wurde die Fürsorgeabgabe durch die Minderbeschäftigung von 743.000 auf 311.000 S gedrosselt. 53 Prozent der Bevölkerung befinden sich in der offenen Fürsorge (*Rufe links: Hört! Hört!*), das heißt, sie müssen aus Gemeindemitteln unterstützt werden. Die Gemeinde, deren Einnahmen so gesunken sind, daß sie aus der Fürsorgeabgabe heute nur mehr einen Betrag von 311.000 S hat und aus den Abgabeertragsanteilen nur 318.000 S bekommt, braucht aber für die Fürsorgeeinrichtungen, und wären sie noch so bescheiden, eine Summe von 627.000 S. Der Fürsorgebeitrag beträgt für angesteuerte Ledige 3 S und für Verheiratete 5 S, nur im Höchstfall, wenn einer sechs Kinder hat, 8 S pro Woche; das macht 43 g pro Tag auf den Kopf eines Unterstützungsbeziehers. Wir haben in unserem öffentlichen Altersheim 428 Pflegekinder, das ist im Verhältnis zu Linz fünfmal so viel.

Man sieht also, daß es bei dieser Situation unmöglich ist, mit den gekürzten Sätzen noch weiter zu arbeiten. Wir müssen daher dringend verlangen, daß die Regierung den Notschrei der Arbeiterschaft hört und endlich alles unternimmt, um vor allem

nicht nur Arbeit zu schaffen, die in hinreichendem Maße vorhanden wäre, sondern auch, um gute Verträge mit dem Auslande abzuschließen und dadurch Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen. Deutschland zum Beispiel hat an Rußland in den ersten zehn Monaten des Jahres 1932 um 520 Millionen Reichsmark Metall und Eisenwaren geliefert. Die österreichische Industrie und die Regierung geben sich aber keinerlei Mühe, um auch mit Rußland ins Geschäft zu kommen. Es wäre unbedingt notwendig, daß die Krise in der Metallindustrie in erster Linie berücksichtigt wird.

Wir haben in Österreich durch diese Richtlinien eine besonders schwierige Situation. In den Arbeitslosenversammlungen, die draußen stattfinden, kommt die ganze Leidenschaft zum Ausdruck; die Arbeitslosen sagen, wenn wir ihnen nicht helfen, so werden sie zur Selbsthilfe greifen. Wir können von dieser Stelle aus dem Herrn Minister nur zurufen: Überspannen Sie nicht den Bogen und glauben Sie nicht, daß die Sozialdemokraten immer dazu da sind, die Arbeiter nur zu beruhigen (*Beifall links*), die Schandtatzen dieser Regierung, die Sie an den Arbeitern verüben, zu decken, während Sie die Mittel, trotzdem Sie sie vom Parlament bewilligt haben, den Arbeitslosen vorenthalten! Glauben Sie ja nicht, daß Sie auf Kosten der Arbeiterschaft Schindluder treiben können. Wir sagen Ihnen von dieser Stelle aus zum letztenmal: Wir haben es satt, solche verbrecherische Handlungen zu verteidigen. Ändern Sie sofort diese Verordnung, diese brutalen Richtlinien, bevor die Arbeiterschaft in namenloser Verzweiflung aus Haß und Empörung letzten Endes zur Selbsthilfe greifen wird. (*Beifall links*.)

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Reich: Dem hohen Hause ist bekannt, daß die Notstandsaushilfe im Frühjahr, beziehungsweise im Sommer dieses Jahres finanziell zusammengebrochen ist. Die XXVIII. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz hat versucht, die Arbeitslosenunterstützung und die Notstandsaushilfen finanziell zu stützen.

Durch die XXVIII. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz ist vorgesehen, daß der Bundesminister für soziale Verwaltung nach Anhörung des Beirates für die Arbeitslosenversicherung Richtlinien für die Gewährung der Notstandsaushilfen erläßt. Wenn dies zunächst nur eine Ermächtigung für den Minister bedeutet, so ist es im ganzen Zusammenhang dieser Novelle doch klar, daß solche Richtlinien erlassen werden müssen. Die Gebahrung der Notstandsaushilfen ist seit langer Zeit finanziell sehr notleidend. Auch durch die Bundeszuschüsse von 12 Millionen Schilling im Jahre 1931 konnte sie nicht saniert werden. Jede Hoffnung auf eine Besserung hat sich als illusorisch erwiesen, und man konnte daher nicht länger zuwarten. Vom Stand-

punkt einer wirksamen Arbeitslosenhilfe aus gesehen, bedeutet die XXVIII. Novelle eine sehr große Erleichterung. Sie gibt die Möglichkeit, die Notstandsaushilfen überhaupt aufrechtzuerhalten, Aussteuerungen aus der Notstandsaushilfe nach Möglichkeit zu vermeiden, ja sogar bereits Ausgesteuerte zu überprüfen und wieder in die Notstandsaushilfe einzubeziehen. Natürlich ist das mit sehr großen Opfern verbunden. Sie wissen, daß der Bund auf die gesamten bisherigen Vorschüsse der Arbeitslosenversicherung in der Höhe von etwa 150 Millionen Schilling verzichtet hat. Er leistet dauernd zur Arbeitslosenversicherung einen „Krisenbeitrag“. Nun hat der Bund auch seine gesetzlichen Beiträge zur Notstandsaushilfe von einem Sechstel auf ein Drittel erhöht. Er deckt noch überdies jetzt auch die anderen Abgänge, und zwar aus dem Krisenzuschlag zur Warenumsatzsteuer. Es ist die Meinung geäußert worden, daß der Krisenzuschlag zur Warenumsatzsteuer das Defizit erst ab 1. September 1932 zu decken hat. Demgegenüber muß ich auf den klaren und unzweideutigen Wortlaut des Gesetzes verweisen, wonach aus dieser neuen Steuerquelle alle Erfordernisse des Jahres 1932 auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge zu decken sind, die nicht schon ihre Deckung im ursprünglichen Voranschlag 1932 gefunden haben. Es könnte auch nicht anders sein, weil sonst eine Deckung gar nicht vorhanden wäre und man dann für jenes Defizit vor dem 1. September 1932 in anderer Weise im Budget hätte vorsorgen müssen.

Ist die Regierung so der schlimmsten Sorgen wegen des Defizits in der Arbeitslosenfürsorge, und zwar sowohl in der Notstandsaushilfe als auch in der Arbeitslosenversicherung, enthoben, so mußte anderseits mit den Richtlinien für die Notstandsaushilfen zweierlei erreicht werden. Erstens mußte man trachten, auf Grundlage der verdoppelten Warenumsatzsteuer auszukommen; man mußte dabei vor allem auf die Bedürftigkeit Rücksicht nehmen, mußte die Familien mit Kindern vor den Ledigen und Jugendlichen berücksichtigen und mußte bei der Beteiligung mit der Notstandsaushilfe auch darauf achten, ob nicht bereits in der Familie ein Einkommen vorhanden ist. Zweitens mußte man durch die Richtlinien auch eine gewisse Einheitlichkeit herstellen; denn früher war jede Industrielle Bezirkskommission finanziell unabhängig, das ist jetzt nicht mehr der Fall, und es geht nicht an, daß die Industriellen Bezirkskommissionen ohne Verantwortung aus dem gemeinsamen Topf herausnehmen, denn dann hat ja keine Industrielle Bezirkskommission mehr die Verpflichtung, besonders sparsam vorzugehen. Es wird kaum bestritten werden, daß vor den Richtlinien manche Industriellen Bezirkskommissionen, namentlich in der Höhe der Unterstützung, viel weiter gegangen sind als andere. Das

geht nicht mehr, wenn die gesamte Bevölkerung Österreichs mit dem schweren Opfer der verdoppelten Warenumsatzsteuer den ganzen Abgang bestreitet. Es muß der Sinn der Richtlinien sein, diese Bestimmungen auszugleichen. Natürlich bringt das mit sich, daß gerade in jenen Gebieten, in denen bisher die Notstandsaushilfen in höherem Ausmaß verteilt wurden, das neue Regime härter empfunden wird. Das ist nicht ganz zu vermeiden. Aber man wird mir zustimmen, daß es nicht geht, daß hier einzelne Gebiete auf Kosten der anderen wirtschaften.

Die Richtlinien sind nach sehr langen und eingehenden Beratungen zustande gekommen. Vielfach gehen die aufgestellten Regeln auf Beschlüsse der Industriellen Bezirkskommissionen aus früherer Zeit zurück; nirgends ist die außerordentliche Wichtigkeit dieser Fragen verkannt worden. Die Beratungen sind mit der größten Sorgfalt und mit dem größten Verständnis geführt worden. Man hat die zeitlichen Grenzen der Notstandsaushilfen, wo sie bestanden haben, für diesen Winter überhaupt beseitigt; man hat Arbeitslose mit Kindern durchgehend berücksichtigt, auch die Behandlung der Jugendlichen hat vielfach eine Besserung erfahren, doch konnten hinsichtlich des Ausmaßes der Unterstützung die Jugendlichen den Verheirateten nicht gleichgestellt werden. Für die Notstandsgebiete sind Übergangsbestimmungen zugelassen worden.

Nach alledem sehe ich keine Möglichkeit, die dringlich gewordene Maßnahme wieder zurückzunehmen. Auch eine Lockerung könnte nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel erfolgen. Nun ist aber nach sehr eingehenden Schätzungen die Sache so, daß der Krisenzuschlag in den Jahren 1932 und 1933 kaum ausreicht, den Krisenaufwand zu decken. Daß diese zwei Jahre zusammenzuziehen sind, steht nach dem Wortlaut des Gesetzes über den Krisenzuschlag zur allgemeinen Warenumsatzsteuer und nach der XXVIII. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz außer jedem Zweifel. Ein anderer Weg ist auch nicht gangbar. Nun ergeben die Berechnungen, daß sogar noch ein Betrag von 5 Millionen Schilling fehlt. Solange also nicht neue Quellen eröffnet werden, die für diesen Zweck zu verwenden sind, muß man leider mit äußerst harter Sparsamkeit rechnen. Dabei steht die Erhöhung der Zusatzbeiträge bei den meisten Industriellen Bezirkskommissionen unmittelbar bevor. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer diese Mittel nicht bewilligen wollen, wird die Erhöhung der Zusatzbeiträge auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen von der Regierung vorgenommen werden müssen. Das alles ist unvermeidlich, aber nur auf diese Weise kann es gelingen, diese Gebahrung in der Notstandsaushilfe in den Jahren 1932 und 1933 noch aufrechtzuerhalten. Ich bin mir der großen Tragweite der Sache bewußt, muß aber hier offen

erklären, daß man nicht eine Lockerung der Richtlinien vornehmen kann, wenn man nicht weiß, wie man die Kosten dieser Lockerung decken soll. Ein Aufgeben der Richtlinien wäre nach meiner Meinung gleichbedeutend mit einem finanziellen Zusammenbruch der Arbeitslosenfürsorge in Österreich.

Bundesminister für Finanzen Dr. Weidenhoffer:
Hohes Haus! Im Verlaufe der Debatte ist zweimal die Frage aufgeworfen worden, wie sich denn die Gebahrung mit dem Krisenzuschlag zur Warenumsatzsteuer für die Jahre 1932 und 1933 gestaltet. Ich möchte dem hohen Hause insolge dessen zu dieser Angelegenheit ein paar Worte mitteilen. Wie das hohe Haus den Erläuterungen zum Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1933 entnehmen kann — ich zitiere hier die Ziffern, die sich auf Seite 38 befinden —, wird der Krisenaufwand für das Jahr 1933 mit 85,4 Millionen Schilling geschätzt und ist dementsprechend eingelegt. Der Krisenaufwand für das Jahr 1932 ist mit 80 Millionen geschätzt und eingelegt. Es ist daher der Krisenaufwand für die Jahre 1932 und 1933, die, wie wir soeben neuerdings gehört haben, in der XXVIII. Arbeitslosennovelle zusammengezogen sind, mit 165,4 Millionen eingelegt. Dem stehen eingestellte Einnahmen von 160 Millionen gegenüber, das ergibt ein Defizit von 5,4 Millionen.

Wie sieht demgegenüber die wirkliche Gestaltung der Einnahmen aus? Das hohe Haus wird sich erinnern, daß im Nachtragsbudget für das Jahr 1932 noch mit einem Eingang von 44 Millionen aus dem Krisenzuschlag zur Warenumsatzsteuer gerechnet wurde. Bekanntlich aber hat sich die Verabschiedung des Nachtragsbudgets derartig verzögert, daß die Steuer erst mit dem 21. August l. J. wirksam wurde. Die Folge davon ist, daß man nach den bisherigen Erfahrungen nur mit einem Eingang von 26 bis vielleicht 28 Millionen Schilling für das Jahr 1932 rechnen kann. Die verehrten Damen und Herren finden eine dementsprechende Berechnung auch auf Seite 38 der Erläuterungen zum Entwurfe des Bundesfinanzgesetzes. Dort heißt es ausdrücklich, daß man für das Jahr 1932 nur noch mit 30 Millionen Schilling statt des veranschlagten Betrages von 44 Millionen Schilling rechnen kann. Aber nach der bisherigen Gestaltung werden wir voraussichtlich nicht einmal diese 30 Millionen ganz erreichen, sondern froh sein müssen, wenn wir etwa 28 Millionen erhalten.

Diese Vermutung basiert darauf, daß ja ein Teil des Krisenzuschlages, nämlich jener Teil, der von den eingeführten Waren gleichzeitig mit dem Zoll eingehoben, auch gleichzeitig mit dem Zoll abgeführt wird, so daß wir von diesem Teil der Einnäge bereits eine etwas deutlichere Vorstellung haben

können. Weiters laufen bei jenem Teil des Krisenzuschlages, bei welchem die Warenumsatzsteuer nach dem Zahlungssystem eingehoben wird — dieser Teil beträgt ungefähr zwei Drittel der Warenumsatzsteuerbewegung —, die Beträge aus dem Krisenzuschlag und aus der Warenumsatzsteuer selbst am 20. des nächstfolgenden Monats ein. Wir konnten daher bereits am 20. September ersehen, was aus diesem Teil des Krisenzuschlages für das letzte Drittel des Monats August eingegangen ist, und am 20. Oktober konnten wir bereits sehen, was aus diesem Teil des Krisenzuschlages zur Warenumsatzsteuer im Monat September eingeflossen ist. Es ist dies ein Betrag von 9,5 Millionen Schilling, der als Krisenzuschlag für das letzte Drittel August und den ganzen Monat September zuzüglich jener Beträge, die mit dem Zoll eingehoben wurden, eingegangen ist.

Sie sehen also, meine verehrten Damen und Herren, daß eine Schätzung von etwa 28 Millionen Schilling zuzüglich jenes Betrages, der aus dem Krisenzuschlag jener Warenumsatzsteuer eingegangen ist, die nach dem Fakturensystem entrichtet wird, eher eine optimistische als eine pessimistische Schätzung ist. Rechnen wir aber für den Rest des Jahres 1932 mit etwa 28 Millionen, so wäre es ganz ungerechtfertigt, für das Jahr 1933 über den Ansatz von 130 Millionen Schilling, wie er auch im Bundesvoranschlag vorgesehen ist, hinausgehen zu wollen.

Sie sehen also, daß das Defizit, das ich Ihnen mit voraussichtlich 5,4 Millionen Schilling für die beiden Jahre dargelegt habe, voraussichtlich noch überschritten werden wird.

Ich will nur noch einige Worte darüber anfügen, wie groß der Aufwand für die Sozialversicherung bereits ist. Er ist im Voranschlag für das Jahr 1933 mit 374 Millionen Schilling vorgesehen. Sie wollen daraus entnehmen, daß wir an der äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit, gemessen an der ganze Wirtschaftslage, bereits angelangt sind und daß über diese Grenze hinauszugehen eine bare Unmöglichkeit ist. *(Beifall rechts.)*

Brodinger: Hohes Haus! Ich glaube, daß insbesondere die Arbeitslosen mit den Ausführungen des Herrn Bundesministers für Finanzen sehr wenig werden anfangen können. Ich glaube auch nicht, daß mit solchen Argumenten die furchtbare Erbitterung, die in den Kreisen der Arbeitslosen und ihrer verzweifelten Familien herrscht, einzudämmen ist; ich glaube auch nicht, daß die Arbeitslosen, selbst wenn sie noch so objektiv urteilen, sich mit dem Schlußsatz des Herrn Bundesministers abfinden können, daß der Bund einfach nicht in der Lage sei, Geld für die Existenzsicherung der Arbeitslosen aufzubringen. Es war eine bittere Rede, die wir zu hören bekamen. Es wurden Ziffern genannt, die nicht bloß das Problem der Arbeitslosigkeit und der Unterstützung

der Arbeitslosen betreffen, sondern auch andere Zweige der sozialen Fürsorge, die im Kapitel „Soziale Verwaltung“ behandelt sind. Man geht in der Öffentlichkeit immer mit der Endsumme dieses Kapitels hausieren und stellt alles so hin, als ob die ganzen Ausgaben der sozialen Verwaltung einzig und allein die soziale Fürsorge für die Arbeitslosen darstellten; man sagt nicht, daß in diesem Kapitel auch die Posten für die öffentlichen Krankenanstalten enthalten sind *(Bundesminister für Finanzen Dr. Weidenhoffer: Nein, sie sind gar nicht darin!)*, in der Öffentlichkeit und vielfach auch in den Zeitungen wird einfach die Endsumme hingestellt, und man sagt nicht, daß darin auch die Fürsorge für die Kriegskrüppel enthalten ist. *(Bundesminister für Finanzen Dr. Weidenhoffer: Nein, sie ist nicht darin!)* Es ist nicht wahr, daß der Bund durch die Arbeitslosenversicherung allein mit 374 Millionen belastet ist. Dieser Anschein wird aber erweckt, wenn man im Hause diese Ziffer nennt. Wir wollen den Nettobetrag hören, den der Bund insgesamt für die Arbeitslosenfürsorge tatsächlich ausgibt, und nicht irgendwelche Bruttosziffern.

Wir haben bereits bei der Beratung der XVIII. Novelle ausdrücklich betont, daß das wieder nur Flickenwerk sein wird, und wir haben es damals sehr bedauert, daß diese Novelle mit dem Finanzgesetz über die Erhöhung der Warenumsatzsteuer zusammengespannt wurde. Es wurde auch damals sehr zu unserem Leidwesen die ganze Frage nicht in dem zuständigen Ausschuß für soziale Verwaltung, sondern im Finanz- und Budgetausschuß beraten. Ich habe damals bereits darauf hingewiesen, daß mit dieser Lösung, wie sie hier vorgesehen war, eine befriedigende Lösung der ganzen Sache nicht zu erzielen sei, und wir haben dann auch, weil man selbst die bescheidensten Wünsche, die wir bei diesem Gesetz hatten, nicht erfüllte, auch nicht für die Vorlage gestimmt. Wir haben damals insbesondere bei der Warenumsatzsteuer verschiedene lebenswichtige Artikel von der Mehrbesteuerung ausnehmen wollen. Damals erklärte man, das sei nicht möglich, weil dadurch der Ertrag des Krisennotopfers derart geschmälert würde, daß er nicht ausreichen würde, um den Krisenaufwand zu bestreiten. Nachher hat man jedoch den Eingang aus dem Krisennotopfer außerordentlich geschmälert, indem man einzelnen Berufsschichten verschiedene Begünstigungen zuteil werden ließ, was sich jetzt in den Mindereingängen sehr deutlich widerspiegelt. Wir haben damals mit Bedacht neben den notwendigsten Lebensmitteln bescheidenster Art auch das Heizmaterial und insbesondere auch das Licht von der Mehrbesteuerung ausgenommen wissen wollen, weil wir wissen, wie schwer es den Arbeitslosen ankommt, neben der bescheidensten Sicherung des Lebens auch noch die notwendigsten Ausgaben für eine warme Stube und für die

Beleuchtung der Stube aufzubringen. Man hat damals unsere Argumente einfach nicht beachtet, so daß die Gesamtheit der Bevölkerung einschließlich der Arbeitslosen und der Ausgesteuerten im heurigen Winter die Mittel für die Beheizung und Beleuchtung ihrer bescheidenen Heimstätten noch schwerer wird aufbringen können.

Ich glaube nicht, daß es gerechtfertigt ist, für diese Entwicklung nur dem Herrn Minister für soziale Verwaltung in diesem Hause Vorwürfe zu machen. Ich glaube auch gar nicht, daß gerade die linke Seite des Hauses solche Ursache hat, sich über den Minister für soziale Verwaltung zu beklagen. Wir wissen ja, daß in gewissen Fragen und insbesondere in der Grundauffassung über die Organisation der Sozialversicherung zwischen dem Herrn Sozialminister und den Herren von der sozialdemokratischen Partei eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung besteht, so weitgehend, daß der Herr Sozialminister sogar in seinen eigenen Kreisen die rosarote Exzellenz genannt wird. Inwieweit der Herr Minister für soziale Verwaltung innerhalb des Ministerrates auf eine höhere Dotierung der Mittel für die Arbeitslosenfürsorge gedrungen, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber das eine glaube ich auch heute betonen zu sollen, daß mit diesem Flickwerk, wie es seit Jahren auf diesem Gebiete geübt wurde, nichts Brauchbares geschaffen werden kann. Es wird der Gesamtaufwand steigen, wir werden noch zu weiteren Belastungen auch der schwächsten Schichten der Bevölkerung schreiten müssen, wenn dieses Flickwerk bleibt, und wir werden doch nicht die berechtigten Klagen zum Verstummen bringen, die in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft herrschen. Es ist deshalb eine der dringendsten Forderungen, die man zu stellen hat, daß an den Umbau der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge geschritten werde, damit nicht immer die Arbeitslosen von Monat zu Monat hangen und bangen müssen und man nicht durch Nichtlinien weitere Kunststücke aufzuführen muß, um den Kreis der bezugsberechtigten notleidenden Bevölkerung noch weiter einzuschränken. Ich habe schon in meiner letzten Rede gesagt, daß ich es als eine Aufgabe der Kammern ansehen würde, hier brauchbare Vorschläge zu unterbreiten. Sowohl die Kammern der Arbeitgeberschaft als ganz besonders die Kammern für Arbeiter und Angestellte hätten die Pflicht, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, wie sie sich die Lösung der ganzen Frage, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit der gesamten Wirtschaft, tatsächlich vorstellen. Mit gegenseitigen Vorwürfen allein ist es nicht getan. Ich betone noch einmal auch die Pflicht der Arbeiterkammern, positive Vorschläge zu machen, weil sie hierzu auch in der Lage sind, da gerade den Kammern ja das ganze Zahlenmaterial zur Verfügung steht, um entsprechende Berechnungen anzustellen.

Aber auch auf anderen Gebieten geschieht nichts. Seit Jahren wird in diesem Hause — und es sind einstimmige Beschlüsse vorhanden — ein Gesetz zur Eindämmung des Doppelverdienereuwesens gefordert. Im Ausschuß haben auch einige Beratungen stattgefunden. Die Zeitungen aller Parteischattierungen schreiben gelegentlich schöne Aufsätze darüber — gemacht wird gar nichts. Auch das wäre aber eine Frage, die behandelt werden müßte. In den Versammlungen den Leuten das zu versprechen, auf den Parteitag und anderen Tagungen diese Frage in den Vordergrund der sozialpolitischen Maßnahmen zu stellen und hier, wo dann die Lösung gefunden werden soll, Scheinmanöver aufzuführen und die Arbeitslosen durch Jahre hindurch mit dieser Frage zu narren, das ist nur geeignet, die Gemüter rebellisch zu machen. Wir haben oftmals betont, und aus allen Kreisen der Bevölkerung ist der Ruf an die Behörden, insbesondere an das Sozialministerium, ergangen, in dieser furchtbaren Zeit der Arbeitslosigkeit die ständige Überstundenchinderei einzustellen. Auf der einen Seite gibt es hunderttausende Arbeitslose, auf der andern Seite noch genügend Unternehmungen und auch öffentliche Ämter, in denen ständig Überstunden geschunden werden, statt stellenlose Arbeiter und Angestellte für diese Arbeiten vorübergehend anzustellen. Wir haben erst vor kurzem Klagen über die großen Rückstände bei den österreichischen Gerichten gehört, welche zumeist nur auf den Mangel an Schreibkräften zurückzuführen sind. Tüchtige, brauchbare Schreibkräfte, Stenotypisten und Stenotypistinnen wären aber in außerordentlich großer Zahl vorhanden. Auch bei den Steuerämtern, wo — ich sage das auch hier — die Rückstände vielfach an dem Mindereingang der Steuern schuld sind, wäre es zweckmäßig, durch Verwendung brauchbarer Hilfskräfte die Rückstände rascher aufzuarbeiten.

Es geschieht auch sehr wenig auf dem Gebiete des Inlandarbeiterschutzes, und ich muß sagen, es ist empörend, wenn die Arbeitslosen alle Jahre lesen, daß wieder hundertso viele tausend Menschen aus dem Ausland zur Beschäftigung in Österreich neu zugelassen wurden, und das auf Arbeitsposten, für die zweifellos geeignete, brauchbare, fachlich geschulte Kräfte in Österreich vorhanden sind.

Wir stehen wieder vor einem Winter. Er wird vielleicht der härteste Winter sein, den wir durchzumachen haben, und ich glaube, daß jeden Menschen mit Verantwortungsbewußtsein die große Sorge plagt, ob es möglich sein wird, über diesen Winter halbwegs in Ruhe hinwegzukommen. Auch die Verhältnisse in den Arbeitslosenämtern und deren ganze Organisation ist geeignet, die Unruhe und Empörung der Arbeitslosen zu vergrößern. Die Leute sind jahrelang arbeitslos, haben zumeist keine Kleidung, haben zumeist keine warme Wäsche mehr. Welche Szenen können sich bei den Arbeitslosenämtern im

heutigen Winter abspielen, wenn das jetzige System bleibt, wenn die Arbeitslosen hungrig und frierend viele Stunden angestellt sein müssen, bis sie den Bescheid erhalten oder bis die Kontrolle durchgeführt ist.

Ebenso müßte auch die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung geändert werden, um Gefahremomente zu vermeiden. Welcher Unsinn bei der heutigen Organisation möglich ist, möge ein Beispiel aus Salzburg zeigen. Hallein ist in der Arbeitslosenunterstützung auch für Golling zuständig. 142 Arbeitslose mußten damals, als ich intervenierte, immer von Golling nach Hallein fahren, sie mußten also einen Teil ihrer spärlichen Unterstützung für die Hin- und Rückreise opfern, statt daß man das Geld der Gemeinde überwiesen hätte, die sich bereit erklärt hat, die Auszahlung unentgeltlich durchzuführen, oder statt daß man einen Beamten an einen bestimmten Tage von Hallein nach Golling zur Auszahlung geschickt hätte. 142 Menschen werden geplagt und müssen einen Teil ihrer Arbeitslosenunterstützung für diese zwecklose Reise opfern. Ich bin überzeugt, daß dieser Fall Golling-Hallein leider nicht vereinzelt in Österreich ist. Ich möchte den Herrn Sozialminister bitten, eine ganz andere Organisation für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen — das kostet kein Geld —, weil sonst gerade im heutigen Winter durch die großen Ansammlungen von Menschen leicht Explosionen erfolgen können, von denen auch ich nicht mehr den Glauben habe, daß die Staatsgewalt unter allen Umständen ausreichen wird, sie zu unterdrücken. *(Beifall bei den Parteigenossen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Renner den Vorsitz übernommen.)*

Richter: Hohes Haus! Es geht aus den Darlegungen aller Redner hervor, daß sich unser Land in einem sehr schweren Notstand befindet. Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die etwa meinen, die Verwaltung des Arbeitslosenfonds wäre an der schweren Wirtschaftskrise schuld, die wir durchmachen. Es hat wahrlich keinen Sinn, jetzt etwa mit dem Herrn Minister für soziale Verwaltung eine Polemik darüber zu führen, wie er die XXVIII. Novelle liest, was er daraus ableitet und was in den Richtlinien stehen darf. Aber einiges muß man doch herausheben.

Als wir im Sommer des heutigen Jahres in der Erkenntnis, daß die Notstandsunterstützung passiv geworden ist, nach gesetzlichen Maßnahmen zur Abhilfe suchten, haben die Parteien des Hauses durch den Minister für soziale Verwaltung anerkannt, es müsse verhindert werden, daß die Aussteuerungspraxis so weitergeht. Sie hatten gegenüber unseren Vorschlägen nichts anderes vorzuschlagen, als die Mittel durch einen 100prozentigen Zuschlag zur Warenumsatzsteuer zur Verfügung zu stellen. Es ist richtig, wenn der Herr Minister Dr. Reich darauf verweist, daß ihm erst die XXVIII. Novelle die Gelegenheit

gegeben hat, die Notstandsausshilfen weiter aufrechtzuerhalten. Das ist ja das, was wir als den Erfolg der XXVIII. Novelle buchen, daß der Zusammenbruch der Notstandsausshilfe verhindert wurde. Es ist richtig, wenn der Herr Minister weiter sagt, daß in den vergangenen Jahren der Staat Zuschüsse in Form von Vorschüssen gegeben hat und daß das Finanzministerium auf 150 Millionen davon verzichtet hat. Aber, Herr Minister, absolut unrichtig, um kein anderes Wort zu gebrauchen, ist es, daß bei den Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien oder bei den Verhandlungen mit dem Ministerium je daran gedacht wurde, daß der Ertrag der Warenumsatzsteuer seit dem 20. August 1932 bis Ende Dezember 1933 die Deckung für das Budgeterfordernis 1932 und 1933 bringen soll. Diese Tatsache ist absolut unrichtig, und es ist, um es nicht anders zu nennen, ein finanzielles Fechterkunststück, das sich das Finanzministerium mit dem Ministerium für soziale Verwaltung ausgedacht hat. Die Wirklichkeit ist, daß bei allen Verhandlungen und Besprechungen, die dieser Vorlage vorausgegangen sind, der Grundsatz war, wir werden im heutigen Jahr einen Ertrag von ungefähr 30 bis 35 Millionen aus dem Krisenzuschlag hereinbekommen, der ausreichen wird, um von August an die Aufrechterhaltung der Notstandsunterstützung zu sichern, und im Jahre 1933 wird ein Betrag von zirka 130 Millionen eingehehen, der ausreichen wird, um den bestehenden Satz der Notstandsunterstützung zu sichern.

Ich könnte mich jetzt auf Rechnungen darüber einlassen, ob diese 130 Millionen plus Beiträge der Arbeiter und Unternehmer, die im Budget 1933 vorgesehen sind, ausreichen werden, um das Erfordernis zu decken, und ich bin bereit, sowohl dem Herrn Minister für soziale Verwaltung als auch dem Herrn Finanzminister den Nachweis zu erbringen, daß nicht nur die vollständige Deckung der bestehenden Notstandsausshilfen in dem Umfange und in dem bezogenen Rahmen möglich ist, sondern daß das Erfordernis sogar nicht einmal vollständig aufgebracht werden wird. Wenn der Herr Minister für soziale Verwaltung oder das Ministerium unserer wiederholten Forderung, die Zusatzbeiträge entgegen dem Willen der Unternehmer in einzelnen Industriellen Bezirkskommissionen von 45 auf 50 Prozent zu erhöhen, schon längst nachgekommen wäre, so stünden diese Mittel in noch größerem Maße zur Verfügung, als sie zur Verfügung sein werden, wenn das vielleicht nachhinkend erst im Jänner oder Februar in den einzelnen Industriellen Bezirkskommissionen durchgeführt sein wird.

Aber, meine Herren von allen Parteien, um was handelt es sich denn in Wirklichkeit? Der Herr Finanzminister Dr. Weidenhoffer hat uns eine Anzahl von Ziffern vorgeführt und uns die Sorgen des Staatshaushaltes dargelegt. Hier handelt es sich

aber nicht nur um die Sorgen des Staatshaushaltes, sondern um die Sorgen von mindestens 300.000 Finanzverwaltern, deren Frauen von ihren Männern hören werden, ich habe bis jetzt einen präliminierten Wochenbetrag von 22, 19 oder 18 S gehabt, wovon ich eine monatliche Miete von 20, 25 oder 30 S zahlen mußte. Bisum ist es gegangen, um eine Waffersuppe und Brot zu garantieren. Jetzt aber kommt der eine Finanzminister des Staates und und sagt den 300.000 oder mehr Finanzverwaltern soundsso vieler Haushalte, versucht jetzt anstatt mit 18 S mit 9 S das Experiment zusammenzubringen und euren Haushalt in Ordnung zu stellen. Das ist die Frage! Es sind nicht weniger als vielleicht 200.000 Menschen gefährdet, daß ihnen im Laufe dieses Winters und der nächsten Monate ihre Unterstützung um 40 Prozent, um 50 Prozent gekürzt wird. *(Rufe links: Hört! Hört!)* Denn das ist ja das Unglück der Krise: Während sich bis jetzt zeigte, daß die größere Zahl der Menschen in der N. U., in der ordentlichen Arbeitslosenunterstützung, war, haben wir jetzt zu vermerken, daß von Monat zu Monat die Menschen von der ordentlichen Arbeitslosenunterstützung zur Notstandsausilfe abwandern und daß in dieser Notstandsausilfe die Zahl der Menschen immer größer wird, das Defezit bei der N. U. verschwindet und bei den N.-U.-Beziehern, bei den Notstandsausilfebeziehern, immer größer wird.

Dazu kommt noch eines: Ohne Not, wie ich meine, hat man da eine Einteilung getroffen, von der man sich fragt: Ja, warum und wozu denn eigentlich? Es werden die Arbeitslosenunterstützungsbezieher in drei Zonen geteilt: in eine Zone A, die größeren Städte und Indusriegemeinden, in eine Zone B, die übrigen Gemeinden, soweit es Industrieorte sind, und eine Zone C, reine Landgemeinden, wobei in der Arbeitslosenversicherung die Landgemeinden überhaupt aus der Unterstützung ausgenommen worden sind. Und dabei wird noch folgender Versuch unternommen: Wenn der Arbeitslose in dem Industrieort mit der auf 70 Prozent gekürzten Unterstützung leben soll, so soll der in dem danebenliegenden Orte mit 60 oder 55 oder 50 Prozent der Unterstützung leben können. Das sind Ziffern, aber hinter jeder solchen Ziffer steht ein menschliches Schicksal *(lebhafter Beifall links)*, stehen Schicksale von Frauen und Kindern, und ich frage: Wer hat den Mut, hier aufzutreten und unter Berufung auf das Gleichgewicht im Staatshaushalte davon zu reden, daß man einem Arbeitslosen mit zwei Kindern, der heute 15 oder 14 S Unterstützung bekommen hat, diese Unterstützung auf 7 S heruntersetzt? Wer hat den Mut, zu sagen, daß es da noch verständlich ist, daß die Menschen Ruße halten? Wer hat den Mut, zu sagen, wir müssen oder, wie der Herr Minister für soziale Verwaltung sagte, wir können nicht anders, als diese Richtlinien, so wie

sie sind, durchzuführen? Nein, meine Herren, das ist unmöglich, unmöglich auch deswegen, weil es meiner Auffassung nach weder mit irgendwelcher Berufung auf eine religiöse noch auf eine nationale oder sonstige Ideologie zulässig wäre, zu sagen: Wir lassen diese Leute verrecken und zugrunde gehen. Das geht nicht, und deswegen müssen Sie sich überlegen, daß Ihnen gar nichts anderes übrigbleibt, als diese Richtlinien zu überprüfen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Gewiß kann man nicht für alles und jedes das Ministerium für soziale Verwaltung verantwortlich machen, und ich bin der letzte, der das tut, weil ich ja die Zusammenhänge der wirtschaftlichen und der bürokratischen Hemmungen genügend kenne. Aber es ist nicht möglich, einem Arbeitslosen — und reden Sie nicht so, als ob das Rentenbezieher auf Zeit und Ewigkeit wären —, einem Arbeitslosen, der in der ordentlichen Unterstützung steht, die Unterstützung zuerst deswegen zu kürzen, weil er sie schon 30 Wochen bezogen hat, also wahrscheinlich nach dem Grundsatz: je länger du arbeitslos bist, um so mehr bist du an das Hungern schon gewöhnt, ergo kannst du mit weniger auskommen. Es ist nicht möglich, dem Arbeitslosen nicht nur seine Arbeitslosenunterstützung so zu kürzen, daß er nicht mehr existieren kann, sondern noch herauszufinden, weil er mit irgend jemand, der in einem sehr, sehr weiten Grad mit ihm verwandt ist, zusammen in einer Wohnung lebt und weil der andere einen Betrag von 32 S verdient, deswegen dem Arbeitslosen noch einen Teil seiner Unterstützung zu kürzen! Und wenn es dann vorkommt, daß es Arbeitslose gibt, die 63 g pro Tag Unterstützung haben *(Rufe links: Hört! Hört!)*, ja mehr noch, wenn es sogar bei dieser sozialen Einstellung, die unbedingt gewahrt werden muß und die man nicht ändern darf, wie man uns erzählt, einen Invaliden, einen Unfallverletzten gibt, der eine Rente von einigen Schillingen im Monat bekommt und dem nun diese einige Schilling angerechnet werden und er dann nur mehr pro Tag 7 oder 9 g Unterstützung bekommt *(Rufe links: Hört! Hört!)*, oder wenn ein Unternehmer, der einsichtig genug ist und für die Tage des Alters einem Arbeiter nach 30jähriger Arbeitstätigkeit eine gadenweise Unterstützung im Monat von 20, 25, 30 S gibt, und wenn dann diesem Arbeiter nach den Richtlinien diese Gnadengabe genommen und ihm gesagt wird, dafür bekommst du in der Arbeitslosenunterstützung nicht 1 S 23 g, sondern du bekommst nur 23 g pro Tag ausgezahlt — da hört sich alles Reden auf, das ist eine solch aufreizende Willkür, daß Sie verstehen müssen, daß den Leuten da einfach der Verstand durchgeht, weil sie mit den Beträgen, die ihnen zur Verfügung stehen, nicht mehr leben und nicht mehr existieren können.

Ich möchte gegenüber den Darlegungen des Herrn Finanzministers nur einige Richtigstellungen machen.

Erstens einmal beträgt der gesamte Aufwand für die gesamte — im weitesten Sinn gedachte — Arbeitslosenfürsorge nach dem Budget 1933 368 Millionen. Der Herr Minister hat dabei auch die 6 Millionen eingerechnet für den freiwilligen Arbeitsdienst. Dazu kommt weiter, daß in dieser gesamten — im weitesten Sinne gedachten — Arbeitslosenfürsorge der gesamte Betrag für die zirka 70.000 Altersfürsorgeregentner in Österreich darinnen steckt. Dazu kommt weiter, daß der gesamte Betrag für die landwirtschaftlichen Altersfürsorgeregentner, die Hausgehilfen usw. darin enthalten ist. Ich will aber nicht an Ziffern mäkeln, sondern ich will nur sagen: Ja, verzeihen Sie, Herr Finanzminister, es wird Ihnen, wenn es hier um einige Millionen Schilling geht, nichts anderes übrigbleiben, als die Bedeckung für diese einige Millionen Schilling zu suchen, weil Ihnen doch höher als die Sorge um den Staat die Sorge um die Menschen sein muß, die in dem Staat leben. *(Lebhafter Beifall links.)*

Und dann bitte ich noch eine Sache zu bedenken. Es wird sowohl vom Herrn Minister für soziale Verwaltung als auch vom Herrn Finanzminister davon gesprochen, daß man nach vorsichtigen Schätzungen und nach optimistischer Prüfung mit den Beträgen kaum das Auslangen wird finden können. Ich habe schon eingangs gesagt, ich will mich jetzt nicht in Rechenkunststücke einlassen, obzwar ich den Beweis zu liefern imstande bin, daß bei der Aufrechterhaltung dieser minimalen Unterstützungssätze ohne Kürzung und ohne Aussteuerung es möglich ist, den heutigen Zustand aufrechtzuerhalten, ohne weitere Beträge zu steuern zu müssen. Aber, meine Herren, ich glaube, da kann nur eine Meinung sein: die Menschen zugrunde gehen zu lassen, weil der Staat etwa um 10 oder 20 Millionen mehr aufwenden müßte, wagt doch schließlich niemand zu raten.

Lassen Sie mich nur einige wenige Sätze zu dem sagen, was der Herr Abg. Probingner hier ausgeführt hat. Wir sind sehr erfreut und quittieren es mit außerordentlicher Dankbarkeit, daß wir in der Mitte dieses Hauses einen so warmen Sachwalter der Interessen der Arbeitslosen gefunden haben. Ich will das gar nicht etwa im Tone des Hohnes gesagt haben, sondern wir wünschen nur, daß es immer so bleiben möge, und sind sehr erfreut darüber.

Allerdings gestatten Sie eine Richtgistellung. Die Linke dieses Hauses ist durchaus nicht in Übereinstimmung mit dem Herrn Minister für soziale Verwaltung, was die Organisation der Arbeitslosenversicherung anlangt. Und wenn sich der Herr Abg. Probingner an die vielen, vielen Diskussionen im Ausschuß für soziale Verwaltung erinnert, wird er wissen, daß wir vom ersten Tage an nicht nur, was die Organisation betrifft, sondern auch, was die Aufteilung der Lasten betrifft, anderer Meinung waren als die jeweiligen Herren Minister für soziale Verwaltung. Ich glaube, daß man Sie bei dem, was

Sie da von der rosaroten Exzellenz erzählt haben und worauf Sie gründen wollten, daß das in Übereinstimmung mit uns geschehen ist, ein bißchen blau hat anlaufen lassen, um es so auszudrücken. Ich glaube also nicht, daß Sie einen Beweis dafür erbringen werden können, daß wir uns in den Fragen der Organisation der Arbeitslosenunterstützung mit dem Ministerium in Übereinstimmung befunden hätten.

Im übrigen sind wir ganz Ihrer Meinung: eine der dringendsten Forderungen ist die Änderung der Arbeitslosenunterstützungsgesetze. Sie sind ja alle berufene Gesetzgeber, meine Herren, aber ich möchte keinen von Ihnen in der Richtung prüfen, ob er sich in den Richtlinien und in den 28 Novellen zum Arbeitslosenversicherungsgesetze auskennt, auch nach angestrengtestem Studium von mehreren Wochen. Aber wie soll das erst ein Arbeitsloser verstehen, dem da am Schalter erzählt wird: auf Grund des Punktes soundso, des Absatzes soundso, des Paragraphen soundso tritt diese und jene Kürzung ein? Wenn also hier dringend nach einer Reform gerufen wird, nach einem vollständigen Umbau der Arbeitslosen-gesetzgebung, so sind wir absolut damit einverstanden.

Die Arbeiterkammern sollen Vorschläge machen! Die Zahl der Vorschläge geht in die Duzende. Duzende Vorschläge sind dem Ministerium überreicht worden, und die Arbeiterkammern werden sicherlich nicht ermangeln, auch weiter solche Vorschläge zu machen.

Alles das, was der Herr Abg. Probingner über die Überstunden, über das Doppelverdienerwesen usw. erzählt hat, unterschreiben wir restlos. Aber, meine Herren, seit Jahr und Tag sagen wir es dem Hause, sagen wir es der Regierung, sagen wir es der ganzen Öffentlichkeit: das Problem der Arbeitslosigkeit kann nicht allein aus dem Gesichtswinkel der Unterstützung gelöst werden. Arbeitsbeschaffung, produktive Politik, aufgebaut auf einer geänderten Handels- und Zollpolitik, eine wirkliche Wirtschaftspolitik ist notwendig. Wir waren bis jetzt Rufer in der Wüste. Wollen Sie dem Problem beikommen, dann über allem die Arbeitsbeschaffung. Arbeit wollen die Menschen haben! *(Lebhafter Beifall links.)* Aber solange Sie den Menschen nicht Arbeit schaffen können, gibt es kein höheres Gebot, kein sittlicheres Gebot, kein mehr aus tiefster Religiosität geborenes Gebot, als vorzusorgen für die Hungernden, solange es Satte in diesem Lande gibt. *(Lebhafter Beifall links.)*

Damit ist die Aussprache über die dringliche Anfrage beendet.

Präsident: Es ist ein Antrag des Abg. Dr. Buresch u. Gen. auf Abänderung der autonomen Geschäftsordnung des Nationalrates eingelangt *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem § 26 der autonomen Geschäftsordnung des Nationalrates wird ein neuer Absatz unter der Litera E angefügt:

Wenn ein Ausschußmitglied oder ein Ersatzmann aus der Vereinigung (Gruppe, Klub) der Abgeordneten, über deren Vorschlag er vom Nationalrat in den Ausschuß gewählt worden ist, austritt oder ausgeschlossen wird, so hat der Präsident des Nationalrates über Verlangen dieser Vereinigung das Erblößen des Ausschußmandates zu erklären und die Wahl eines neuen Mitgliedes oder Ersatzmannes zu veranlassen.

In formaler Hinsicht wolle der Antrag dem neu zu bildenden 25gliedrigen Geschäftsordnungsausschüsse zur Vorberatung zugewiesen werden."

Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich diesen Gegenstand auf die Tagesordnung setzen. *(Niemand meldet sich.)* Es wird kein Einspruch erhoben. Der Gegenstand steht also zur Verhandlung.

Sitz: Hohes Haus! Für den oberflächlichen Beobachter scheint es, als würde es sich hier um einen ziemlich unbedeutenden Antrag zur formellen Geschäftsbehandlung handeln, als wäre dazu kein weiteres Wort zu sagen. Wenn sich irgendeine Bestimmung der Geschäftsordnung im Laufe der Zeit als un Zweckmäßig erweist oder wenn eine solche fehlt, so beschließt man im kurzen Wege, die Geschäftsordnung entsprechend zu ändern, so daß sie sich wieder den Bedürfnissen des Betriebes anpaßt. Aber, meine Herren, so erscheint es nur dem oberflächlichen Beobachter. In der Tat wird durch diesen Antrag Buresch u. Gen. eigentlich der Zustand offenkundig, in dem sich dieses Haus befindet.

Wir haben am Montag eine Obmännerkonferenz gehabt. In ihr wurde plötzlich von einigen Herren der Antrag gestellt, man möge demnächst wieder das Haus einberufen. Es war zuerst an den Mittwoch gedacht, dann hat man vom Donnerstag gesprochen. Auf die Frage: „Was wollen Sie in dieser Sitzung machen?“, konnte man uns eigentlich gar keine Antwort geben. Es gibt keinen Gegenstand für die Tagesordnung, weder ein Gesetzentwurf noch irgendein Bericht der Regierung liegt vor, den ein Ausschuß beraten hätte und mit dem man nun das Haus befaßen könnte. Wozu also eine Sitzung? Und tatsächlich hat heute am Beginn der Sitzung für das Haus eigentlich das Problem bestanden: Wir sind zusammengekommen — womit befaßen wir uns? Das zeigt erst die ganze politische Situation, in der wir uns heute befinden.

Und doch, meine Herren, gibt es denn nichts, was dieses Parlament beschäftigen könnte? In den Zeitungen haben Sie gelesen, daß der Chef des Kabinetts, der Herr Bundeskanzler Dollfuß, eine Reise nach Salzburg gemacht hat, man hat daran gewisse Vermutungen geknüpft, Wahres und Unwahres durcheinander geworfen; Sie lesen in der Zeitung die Nachricht, der Bundeskanzler sei nach

Budapest gefahren und habe dort zugleich mit dem Vizekanzler und mehreren anderen Herren Beratungen über einen neuen Handelsvertrag mit Ungarn gepflogen, über eine Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen mit einem Nachbarstaat. Das liest man so in den Zeitungen. Weiter ist das für das Parlament, für die Mehrheit dieses Hauses, wie es scheint, kein Gegenstand. Es werden Handelsverträge in die Wege geleitet, sie werden vorbereitet — erledigt! Eine Zeitungsnachricht, das genügt. Da steht vor uns dieses ungeheure Problem der Credit-Anstalt. Man hat Gesetze beschlossen. Diese Gesetze sind schändlich mißbraucht worden, man hat sie schroff übertreten, man hat gegen ihren Sinn gehandelt, hat dadurch den Staat mit hunderten Millionen belastet. Diese Belastung liegt wie ein ungeheurer schweres Gewicht auf der ganzen Volkswirtschaft und wird unsere Volkswirtschaft und unsere Politik auf Jahrzehnte hinaus in der Zukunft präjudizieren.

Wir lesen, daß einer der Minister — bezeichnenderweise der Herr Unterrichtsminister — nach London gefahren ist, daß er dort mit den Gläubigern der Credit-Anstalt verhandelt hat und daß auf Grund dieser Verhandlungen vielleicht Abmachungen getroffen worden sind, die eine schwere Belastung des Staates bedeuten. *(Oho!-Rufe rechts.)* Eine große Staatsschuld ... *(Zwischenrufe rechts.)* Nun, den Herren ist es eine Kleinigkeit. Ich bin ein armer Mann, ich bin nicht so reich wie Sie, für mich ist das sehr viel. *(Beifall links. — Lachen rechts.)* Diese Staatsschulden werden Jahrzehnte auf diesem Staat und auf seiner Wirtschaft lasten. Man sollte glauben, daß das Parlament mit diesen Dingen befaßt wird, daß es ein höheres Interesse als der gewöhnliche Zeitungsleser für diese Sachen hegt. Keine Rede. Wir treffen Abmachungen über Kontingente, handelspolitische Abmachungen. Ich kann nur sagen: Wenn ich hier den Herrn Bundeskanzler Dr. Dollfuß vom Standpunkte eines Landwirtes betrachte, so will ich ihm nicht das Zeugnis verjagen, daß er sich stets eifrig bemüht, seine Klasseninteressen wirksam zu vertreten — soweit das eben unter den heutigen Verhältnissen möglich ist —, ohne jede Rücksicht auf andere Klassen, auf die Industrie, auf das Gewerbe, auf die Arbeiterschaft. Er vertritt als Landwirt ein landwirtschaftliches Interesse in den Fragen der Zoll- und Handelspolitik sehr wirksam und mit Erfolg, soweit das unter den heutigen Verhältnissen möglich ist. Man hört davon, aber das Haus befaßt sich nicht damit.

Wir hören, daß Tag um Tag Betriebe stillgelegt werden, daß Ausfuhren gehemmt werden, ja überhaupt beinahe nicht mehr möglich sind. Da haben wir in Wien — ich nenne da nur ein einzelnes Beispiel aus den letzten Tagen — eine starke chirurgische Instrumentenindustrie, ein Betrieb der hundert Arbeiter beschäftigt hat: Es werden hundert Arbeiter

an einem Tag entlassen, der ganze Betrieb hat nur noch zwölf Arbeiter. Wenn man fragt, warum, dann heißt es: Wir haben keinen Absatz, wir haben alle Absatzgebiete verloren. (*Werner: Durch die falsche Wirtschaftspolitik, die Ihre Partei in den Staat Österreich hineingetragen hat! Das Rentnerwesen, das unglaubliche Summen aus der Volkswirtschaft herausgezogen hat! — Richter: Das ist die Antwort der Leute für die Arbeitslosen! — Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Seitz (fortfahrend): Wir Sozialdemokraten sind hier die Opposition. Wir können die Wirtschaftspolitik der Regierung mit unserer Kritik begleiten, wir können zu dieser Wirtschaftspolitik Anregungen bringen; sie werden nicht gehört. Verantwortlich für das, was hier geschieht, ist die Majorität des Hauses und ist vor allem die jeweilige Regierung. Und wenn jemand in diesem Hause angesichts der Schilderungen, die wir jetzt in einer mehrstündigen Debatte über das Schicksal der Menschen gehört haben, die von der Arbeit ausgestoßen sind, die in der empörendsten, kulturmüßigsten Weise zum Hungern gezwungen werden, und angesichts der Forderung, daß man diesen Menschen und ihren Kindern wenigstens das Stückchen Brot geben soll, das sie brauchen, um ihre Existenz zu erhalten und nicht zu Tausenden auf der Straße zu verhungern und zu verrecken, wenn jemand, sage ich, den Mut hat, in einem solchen Augenblick und gegenüber diesen Forderungen zu sagen, man verfolge eine wirtschaftlich falsche Rentnerpolitik, dann muß ich sagen, befindet sich die Diskussion auf einem Tiefstand, einem Tiefstand, wie er nicht ärger sein kann! (*Stürmischer Beifall links.*) Es ist geradezu unmenschlich, in einem solchen Fall von einer verderblichen Rentnerpolitik zu reden, wo es sich darum handelt, daß der Staat seine Pflicht erfüllt, um diese Menschen und ihre Kinder vor dem glatten Verhungern zu retten. (*Lebhafter, anhaltender Beifall links.*)

Aber ich werde mich mit solchen Dingen nicht weiter befassen und überlasse diesen Zwischenrufer der allgemeinen . . . (*Rufe links: Verachtung! — Werner: Ihr Urteil ist mir nicht maßgebend!*) . . . der allgemeinen — ich will keinen Ausdruck gebrauchen, der nicht parlamentarisch wäre — Wertschätzung.

Aber neben diesem einen Betrieb und neben dieser einen kleinen Wiener Industrie stehen hunderte andere. Wir haben von Kontingentverträgen gelesen, von Kompensationen. Wenn schon eine Kompensation auf industriellem Gebiet erfolgt, dann im äußersten Fall bei einem industriellen Artikel, der mit der landwirtschaftlichen Produktion in einem innigen Zusammenhang steht, dessen Förderung zugleich auch eine Förderung der Landwirtschaft ist. Und das

Gewerbe und die Industrie und vor allem die hochentwickelte Feinindustrie werden bei einem solchen Kontingentvertrag einfach vernachlässigt. Man weiß nichts von ihnen, und man läßt die Betriebe ruhig zugrunde gehen und die Menschen arbeitslos werden. Das ist der heutige Zustand in Österreich.

Nun denn, man wußte nicht, was hier in diesem Parlament zu sagen sei und womit man sich heute befassen könnte: Wir haben Ihnen den Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt, wir haben Ihnen das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, mit dem sich alles erledigt, was es hier in Österreich gibt, wirtschaftlich und politisch, denn diese Frage des Arbeitslosen ist die Frage. (*Lebhafter Beifall links.*) Wenn ich in einer wirksamen und in einer wirtschaftlich richtigen Weise — mein Freund Richter hat das gerade in seinen Schlusssätzen erwiesen — dem Arbeitslosen helfe, so helfe ich nicht den unglücklichen Hunderttausenden, die da herumgehen, und ihren Kindern, so helfe ich dieser Wirtschaft, so helfe ich der Industrie und dem Gewerbe, so helfe ich dem Staate und lenke seine Wirtschaftspolitik und seine Politik überhaupt in andere Bahnen. Daher ist das die Frage. Sie muß uns jederzeit beschäftigen. Wir haben sie Ihnen heute wieder auf die Tagesordnung gestellt, weil wir sahen, daß weder die Regierung noch die Mehrheit dieses Hauses für diese Dinge Sinn und Verständnis haben.

Nun hat sich in einem Ausschuß eine kleine Schwierigkeit ergeben. Es hat sich da plötzlich ein vom Hause gewähltes Mitglied, weil es in irgendeiner politischen Frage anderer Meinung ist, von dem kleinen Verbands, dem es bis dahin angehört hatte, losgelöst und hat nun im Budgetausschuß nach seiner Meinung gestimmt. Und infolge dieser Haltung eines einzelnen Mitgliedes des Budgetausschusses ist plötzlich ein Gespenst vor dem Hause erschienen. Es hat sich nämlich plötzlich ergeben, daß die Regierung in dem Budgetausschuß überhaupt keine Mehrheit hat und daß sie, wenn sie ein Budget in diesem Hause zur Abstimmung bringen will — ihr Budget —, das nicht auf dem normalen Wege machen kann, daß der Ausschuß eben die Regierungsvorlage berät und dann ungefähr nach ihrem Sinne ein Finanzgesetz vorlegt, sondern es hat sich ergeben, daß man dazu kommen müßte, daß das Budget, wenn es überhaupt im Hause verhandelt werden soll, nur auf dem Wege eines Minderheitsantrages aus dem Budgetausschuß zur Verhandlung gestellt werden könnte. (*Manhalter: Und ist das demokratisch, Herr Bürgermeister, wenn man im Hause die Mehrheit hat und im Ausschuß nicht? — Dr. Deutsch: Das ist nicht demokratisch, wenn man nicht die Mehrheit hat und regieren will! — Zwischenrufe.*)

Präsident: Der Zwischenruf war kurz; er kann also jetzt vom Redner beantwortet werden.

Sitz (fortfahrend): Der Zwischenruf war kurz, ich möchte nur noch hinzufügen; aber die Rede ist wahrscheinlich lang. (Heiterkeit links.) Denn dieser Zwischenruf zeigt schon etwas auf, wenn er auch zeigt — das ist ganz nebensächlich —, daß der Herr Abgeordnete wahrscheinlich nicht recht weiß, was er unter Demokratie und unter demokratisch zu verstehen hat. (Manhalter: Von Ihnen möchte ich es nicht lernen!) Ich bin auch gar nicht dazu berufen, und ich mache mir nicht an, auf irgendeinem Gebiet den Herrn Abg. Manhalter etwas lehren zu wollen oder ihm auf irgendeinem Gebiete hier dienlich sein zu können. Aber der Zwischenfall im Budgetausschuß und dieser Zwischenruf eines Abgeordneten zeigt wirklich die politische Lage in Österreich. Es gibt in ganz Europa keinen Staat, in dem so viele politische Laien der Ansicht huldigen, eine Parlamentsmajorität sei die Hälfte plus eins. (Leutgeb: Dort fängt sie an! — Heiterkeit und Zwischenrufe.) Wenn diese politischen Laien das Wort Majorität hören, so erinnern sie sich, daß sie in ihrer Kindheit einmal gelernt haben: es gibt eine absolute Majorität, und das ist die Hälfte (Leutgeb: Plus eins! — Heiterkeit.) plus irgendeiner Kleinigkeit. Das ist für sie nunmehr nicht etwa eine mathematische Tatsache, die man natürlich kennen muß, sondern das ist für sie jetzt plötzlich ein politischer Begriff geworden, und sie verneinen nun, wenn in einem Parlament 165 Abgeordnete sind, und man hat um einen mehr als die Hälfte für sich, dann ist das eben eine politische Majorität eines Parlaments, berufen, den Staat zu regieren. (Neustädter-Stürmer: Nach der Verfassung ist es so! Ändern Sie die Verfassung!) Diese laienhafte Auffassung ist das eigentliche Unglück dieses Staates, unter dem wir alle leiden, und das bewirkt, daß wir sowohl in wirtschaftlichen wie in politischen Dingen nicht funktionsfähig sind. Man kann sagen, da liegt eine Schuld desjenigen Faktors vor, der die Regierungsmitglieder ernennt. Ich werde es unterlassen, den Bundespräsidenten in eine parlamentarische Debatte zu ziehen. Das soll nicht geschehen. Aber die Tatsache muß ich feststellen, daß jedesmal in der letzten Zeit, wenn eine Regierung zu bilden war und Bundeskanzler und Minister zu bestellen waren, man zunächst die christlichsoziale Partei gefragt hat und die christlichsoziale Partei darauf die Antwort gegeben hat: Ich bin berufen, den Kern einer Majorität darzustellen, ich nominiere diese und jene, und das wichtigste ist, daß ich eine mathematische Majorität in dem Hause habe. Die Ministerbestellungen sind nur rein nach diesem Grundsatz erfolgt, ohne daß sich irgend jemand in Österreich fände, der doch einmal darüber nachdenkt, ob es auf die Dauer möglich ist, einen solchen politischen Zustand zu erhalten, und ob dabei die schweren wirtschaftlichen und politischen Probleme, die der Republik gestellt sind, wirklich zu bewältigen sind. Das ist eine Tat-

sache. Ich könnte nun dieses Verhalten der christlichsozialen Partei kritisieren, es liegt ja offenkundig zutage, sie klammert sich an diese Existenz, sie hält daran fest. Komme, was da wolle, das wichtigste ist, daß sie der Kern einer Regierung ist, daß sie eine Regierungspartei ist und daß sie da mitwirkt. Das ist der politische Zustand in diesem Lande, und es ist ganz begreiflich, daß wir dabei immer tiefer und tiefer herabkommen und daß natürlich auch das Parlament nicht seine eigentlichen Aufgaben, die ihm gestellt sind, erfüllen kann.

Nicht ein kleines Ereignis vom Budgetausschuß erörtern wir, nicht eine Geschäftsordnungsfrage erörtern wir, sondern wir stehen hier vor dem eigentlichen großen Problem der Republik, vor dem Problem: Wie hat die Republik ihre Politik zu gestalten, damit sie wirksam für die Gesamtheit werde? Das ist die eigentliche Frage. Wir haben Ihnen diese Frage heuer im Frühjahr beantwortet, wir haben damit nichts Neues gesagt, wir haben gar nicht eine große Erfindung gemacht, wir haben einfach und schließlich gesagt, was war und was jeder Mensch gesehen hat, wir haben Ihnen gezeigt, daß die politische Zusammensetzung und Gruppierung der Bevölkerung eine ganz andere ist als die politische Parteiengruppierung dieses Hauses, daß dieses Parlament in seiner ganzen Erscheinung nicht mehr mit dem Willen des Volkes übereinstimmt, daß daher dieses Haus nach allen demokratischen Regeln die Pflicht hätte, sich aufzulösen (lebhafter Beifall links) und einem anderen Hause Platz zu machen, einem Hause, das der derzeitigen Zusammensetzung im Volke auch wirklich entspricht. Sie haben diese Anträge verschleppt. Ich kenne gar kein Klebemittel, das noch stärkere Bindungen bewirken könnte als dieses, das Sie benutzt haben. Sie kleben hier und kleben fest. Man hat unsere Anträge niedergestimmt. Man hat schließlich sogar ein Gesetz gemacht, durch welches vorgeschrieben wird, daß im Herbst 1932 der Termin für die Wahlen auszuschreiben ist. Diesem Gesetz haben wir nicht entsprochen. Der Bundeskanzler kümmert sich nicht darum. Was ist für ihn schon ein Gesetz und seine Vorschrift! Er hat nichts getan, um diesem Gesetz Geltung zu verschaffen. Man hat sich eines Tages damit begnügt, eine Resolution zu fassen, in der man die Regierung aufgefordert hat, sie möge im Frühjahr des nächsten Jahres darüber nachdenken, welcher Termin für die nächsten fälligen Wahlen der geeignete wäre. Eine Resolution soll auf einmal aufheben, was ein Gesetz zwingend und bindend vorschreibt. Sie kümmern sich nicht um Gesetze: dasein ist das wichtigste. Da kleben und nicht weiter gehen, und mögen die Verhältnisse draußen sein wie immer, das ist Ihnen das wichtigste. Heute, wo wir Ihnen jetzt seit Monaten predigen: im Volke haben sich die politischen Verhältnisse geändert, jeder weiß es, jeder sieht es: Zieht die Konsequenz! —

und wo Sie das Tag um Tag ablehnen, heute kommen sie plötzlich und sagen: Ja da ist ein Budgetausschuß, und dieser Budgetausschuß ist unter bestimmten politischen Verhältnissen gewählt worden, und die haben sich wesentlich geändert. Es sind nämlich zwei Leute von den acht Leuten des Heimatblocks aus ihrem Klub ausgetreten. Das ist die wichtige politische Änderung im Hause, und da sich nun diese wichtige politische Veränderung vollzogen hat — zwei Leute sind aus einem Klub ausgetreten —, jetzt erinnern Sie sich plötzlich der demokratischen Grundsätze, jetzt kommt auf einmal der große demokratische Grundsatz: Wenn mit Verhältniswahl gewählt ist und die Voraussetzungen dieser Wahl nicht mehr gegeben sind, dann muß nach allen demokratischen Grundsätzen sofort diese Körperschaft aufgelöst werden, muß sofort eine andere eingesetzt werden, muß den tatsächlichen neuen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Meine Herren, sehen Sie nicht, wie lächerlich Sie sich eigentlich machen? Im großen, in der Republik und im Parlament, sprechen Sie jeden Tag dem Grundsatz hohn: bei Änderung der politischen Verhältnisse müssen wir die Konsequenz ziehen. Im kleinen, im Budgetausschuß, wird das plötzlich für Sie ein wichtiger, unverleglicher Grundsatz. *(Beifall links.)* Und wie wollen Sie dem Rechnung tragen? Nun, der Herr Abg. Dr. Buresch, der Führer der christlichsozialen Partei, hat sich das zuerst sehr leicht vorgestellt; er wäre so eines Tages in das Haus gekommen und hätte gesagt: Ich stelle den Antrag, man soll andere Ausschüsse mit der und der Zahl wählen, damit die sechs Lieblinge, die er da hat *(Heiterkeit links)*, auch jeder in den Budgetausschuß kommen können und damit doch seine Schützlinge da eine Vertretung finden und die großen politischen Lehrsätze und Grundsätze, die von diesen sechs Mitgliedern da vertreten werden, doch eine ihrem Schwergewicht entsprechenden Einfluß *(Heiterkeit links)* im Ausschuß ausüben können. Er hat nur so eine Kleinigkeit ver-gessen, daß nämlich auch noch andere Leute in diesem Hause sind. Nun, wir haben diesen Antrag nach Hause geschickt. Wir haben nachgewiesen, daß es unmöglich ist, neben den bisherigen Ausschüssen plötzlich noch andere mit denselben Funktionen zu bestellen, also neben dem bestehenden Budgetausschuß einen zweiten, neben dem bestehenden Hauptausschuß einen zweiten usw. Wir haben nachgewiesen, daß das nicht möglich ist und daß man daher auf die Idee kommen mußte, die Ausschüsse aufzulösen, daß es aber eben niemandes Recht ist, Ausschüsse aufzulösen, da jeder Abgeordnete, der in einen Ausschuß gewählt ist, eben ein erworbenes Recht, ein erworbenes Mandat hat, das ihm niemand kassieren kann. Die Herren haben das dann doch schließlich eingesehen und mußten sich sagen, daß man mit einer solchen Brutalität die Dinge eben nicht lösen kann. Denn selbst wenn sie

eine Zweidrittelmehrheit in diesem Hause wären, wäre es ihnen natürlich nicht möglich, einen derartigen, absolut verfassungswidrigen Antrag zu stellen, und wäre es auch ganz unmöglich, ihn anzunehmen. Bei der heutigen Zusammensetzung aber mußten Sie sich doch schließlich sagen, das ist überhaupt unmöglich. Und ich sage auch ganz offen: Wenn sie wirklich bei dieser Idee geblieben wären, durch einen Verfassungsbruch oder einen Gesetzesbruch eine solche Verfügung zu treffen, dann wären Sie eben auf einen Widerstand der Opposition gestoßen, den Sie nicht überwunden hätten. *(Beifall links.)*

Daher sind Sie also auf eine andere Idee gekommen. Ich werde mich mit dem Antrag, der hier zur ersten Lesung vorliegt, nicht weiter befassen. Es ist ganz klar, daß sein Inhalt nicht maßgebend ist für die Fragen, die hier zu entscheiden sind, sondern daß dieser Antrag überhaupt nur gestellt wird, um die geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit zu schaffen, einen Ausschuß einzusetzen, der über eine Neugestaltung der Geschäftsordnung zu beraten und uns geeignete Anträge zu unterbreiten hat. Es sind da gewisse Ideen, die ganz erwägenswert sind, zum Beispiel die Idee, die Ausschüsse wirklich nach einer Verhältniswahl zu gestalten, die weitere Idee, bei Änderung der Verhältnisse jeweils die Ausschüsse anders gestalten zu können, die Idee, die Gegenstände, die in einem Ausschusse zur Beratung stehen, an einen anderen verweisen zu können, unter welchen Modalitäten, mit welchen Mehrheiten über derartige Anträge in diesem Hause abgestimmt wird usw. Es gibt manches, worüber man hier reden kann. Der Antrag bietet dazu keinen Anlaß, sein Inhalt ist dazu zu notdürftig. Er ist überhaupt zu dürftig, daß man sich mit ihm befassen könnte. Es soll eben nur ein formaler Anlaß sein. Wir werden selbstverständlich, weil eben diese Fragen auftauchen, uns damit befassen, werden die Vorschläge, die da erstattet werden, um die Geschäftsordnung neu zu gestalten, sicherlich prüfen und uns entscheiden, welchen von ihnen, weil sie zeitgemäß und praktisch sind, Rechnung getragen werden kann und welchen nicht.

Wir konnten aber den Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne zu zeigen, daß es sich nicht um eine formale Schwierigkeit handelt, daß es sich nicht darum handelt, die Ausschüsse so oder so zu gestalten, um eine interne Parlamentsfrage, sondern daß nach wie vor die große politische Frage in der Republik zur Diskussion steht. Es ist hier eine kleine Gruppe von Menschen, die glaubt, die Gesetze der Demokratie übertreten zu können, die mit allerhand verrückten, auch faschistischen Ideen spielt. *(Kampitsch: Furchtbar!)* Das ist gar nicht furchtbar, das ist nur kindisch. *(Heiterkeit und Beifall links.)* Das ist ganz kindisch. *(Kampitsch: Warum denn dann die große Angst, wenn es nur kindisch ist?)* Hier hat jemand Angst? *(Kampitsch: Weil Sie*

immer davon reden!) Entschuldigen Sie, ich kann an einer Tatsache nicht vorübergehen. Und deshalb, weil sich diese Erscheinungen zumeist draußen zeigen und nicht gerade im Parlament — es wäre denn, daß jemand vielleicht die sechs Heimatblöcker noch als eine Gefahr betrachten würde (*Heiterkeit links*), und das wird ernsthaft niemand —, weil sich diese Erscheinungen zeigen, deshalb bin ich doch nicht der Pflicht enthoben, mich mit ihnen zu befassen. Es ist eine Tatsache, daß auch in Österreich faschistische Ideen vorhanden sind, es ist richtig, daß eine Partei sie vertritt. Und wenn Sie schon von Angst reden: Na, wir haben vor denen keine Angst, im Gegenteil, an dem Tag, wo die letzten Wahlen gezeigt haben, daß da eine Partei ist, die solche Ideen hat, haben wir ruhig gesagt: Bitte, eine Partei — das gebietet die Demokratie —, wenn sie wirklich etwas ist, soll sie hereinkommen, soll sie ins Parlament kommen. Wen die bleiche Angst vor den Hakenkreuzlern erfasst hat, das waren ja Sie! (*Lebhafter Beifall links*.) Denn uns geniert das nicht. Wir haben schon vor zwei und drei Jahren, wie diese ganze Heimwehrbewegung war und die Herren alle geschlottert haben und den Schober und die Polizei gerufen haben, gesagt: Was fürchten Sie sich denn? Alles wegen der Heimwehr? Wenn sie wirklich eine Volksbewegung ist, wenn sie wirklich etwas bedeutet, herein, liebe Freunde, mit ihnen! Machen wir Wahlen! Sie sollen sich wählen lassen, sie sollen zeigen, was für eine Volksbewegung sie sind. — Sie haben immer die Angst gehabt, Sie haben nach der Polizei gerufen! Wir haben gesagt: „Volksbewegung? Herein ins Parlament!“ Sie sind hereingekommen — acht Mann stark! (*Heiterkeit links*.) Und wir sagen es den Hakenkreuzlern gegenüber auch. Wir haben nicht die Angst. Sie schlottern vor dieser Gefahr! Sie wollen das Parlament nicht auflösen, Sie wollen sich durchaus noch, solange es geht, bis zum letzten Tag an ihre Mandate und an die Regierung klammern. Wir gar nicht. Sind Hakenkreuzler in Österreich, dann sollen sie auch im Parlament sein. Das ist Grundsatz, das ist vernünftig. Es wird sich sehr bald auch mit den Hakenkreuzlern in Österreich ganz dasselbe ereignen, was sich mit der Heimwehr ereignet hat. (*Lebhafter Beifall links*.) Wer wirklich eine Partei, wer wirklich ein Klasseninteresse zu vertreten hat und wer wirklich ein politischer und ein wirtschaftlicher Faktor in diesem Staate ist und auch organisiert ist, fürchtet sich nicht vor solchen Dingen. Fürchten müssen sich nur immer die, die nichts sind, die nichts bedeuten und doch etwas gelten wollen, mit irgendwelchen Mäxchen u. dgl.

Ich sage also: Es konnte an dieser Frage nicht vorübergegangen werden, ohne gleichzeitig aufzuzeigen, wie die Dinge sind. Tatsächlich gibt es gewisse faschistische Strömungen, und Tatsache ist, daß man, da man eine Majorität, eine wirklich funktionierende

Majorität in diesem Hause in vernünftiger Weise nicht mehr zusammenbringen kann, allerhand Versuche macht. Alle diese Versuche werden scheitern. In Österreich ist Demokratie . . . (*Werner: Seit als Prophet! — Heiterkeit.*) Ich weiß nicht, warum sich gerade immer diese enragierten Antisemiten mit dieser jüdischen Erscheinung befassen und mit dem alten Testament. (*Heiterkeit.*) Da handelt es sich gar nicht um ein Prophezeien. Ich bitte, nur das Wort richtig zu wählen, ich konstatiere eine Tatsache. Es ist so, und die Demokratie ist in Österreich gut gesichert, sehr gut gesichert. (*Rufe rechts: Na also!*) Ich kann Ihnen sagen . . . (*Ruf rechts: Wir zeigen auch vor dem Dr. Bauer keine Furcht!*) Jetzt wird es schon kindisch! Jetzt überlasse ich Sie ihrem Schicksal, damit die Sache nicht ins Komische übergeht.

Ernst ist, daß dieser politische Zustand, wie er hier durch ein kleines Ereignis aufgezeigt wird, auf die Dauer unerträglich ist und daß die Majorität dieses Hauses die Pflicht hätte, nicht nur solche kleine äußere Erscheinungsformen zu beseitigen, das kleine Geschwür, das sich außen zeigt, sondern die eigentliche innere Krankheit. Dazu bedarf es Mut, dazu bedarf es Patriotismus, dazu bedarf es einer tieferen Erkenntnis der Verhältnisse, der Erkenntnis nämlich, daß das Haus jeweils den wirklichen Verhältnissen, wie sie im Volke und im Staate sind, Rechnung trage und danach auch gestaltet werde. Für diesen demokratischen Rechtsgedanken werden wir kämpfen. Daneben kann dann auch im Parlament eine solche Geschäftsordnung zur Geltung kommen. Aber das ist nicht das Wichtige. Wahrheit, Recht, Demokratie muß sich auch in der Republik durchsetzen, es muß das Haus endlich zu der Erkenntnis kommen, daß die Grundlagen seines Bestandes und des Bestandes der Regierung erschüttert sind, daß die großen Mängel in unserer Wirtschaft und Politik einzig und allein auf diesen inneren Widerspruch zurückzuführen sind und daß wir über die wirtschaftliche Misere, soweit dies angesichts der Weltwirtschaftskrise überhaupt möglich ist, und über die politische Misere in Österreich nur hinwegkommen können, wenn Sie den Mut haben werden, sich dem Volke zu stellen und wieder ein Parlament ins Leben treten zu lassen, das den natürlichen Verhältnissen entspricht. (*Lebhafter Beifall links*.)

Dr. Straßner: Hohes Haus! Es sind jetzt gerade 14 Tage, daß dieses Haus und mit ihm mehr oder weniger alle Ausschüsse zur Ohnmacht verurteilt worden sind. Heute vor 14 Tagen wurde durch einen kleinen Zwischenfall im Finanzausschuß diese Situation verursacht. Man hat schon in einem früheren Stadium versucht, mit einem Hausmittel diese Leiden zu heilen. Aber es war ein untaugliches Mittel. Nachdem kostbare 14 Arbeitstage vergangen sind, von denen die Bevölkerung erwartet hätte, daß Dinge hier besprochen werden, die die Bevölkerung wirklich

angehen und von denen sie wünscht, daß das Parlament sich mit ihnen beschäftige, ist als Ergebnis dieser 14 Tage ein Antrag des Herrn Abg. Dr. Buresch auf Änderung der Geschäftsordnung herausgekommen, der der augenblicklichen Situation Rechnung trägt. Wir wissen nicht, ob in 14 Tagen nicht vielleicht wieder eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig sein wird. Wir kennen ja die tieferen Gründe. Sie sind darin zu suchen, daß die Regierung schwer um eine Mehrheit in diesem Hause kämpft. Darum der Antrag auf Reform der Geschäftsordnung. Der Herr Bürgermeister Seiz hat sich den Kopf darüber zerbrochen, warum die Regierung mit all den wichtigen Dingen, die sich jetzt ereignen, mit den Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn, mit dem Abkommen mit den Gläubigern der Credit-Anstalt und ähnlichen Dingen nicht mehr vor das Haus geht. Das Haus habe ja nicht nur ein Interesse, sondern auch ein Recht, über diese Verhandlungen etwas zu erfragen. Der Grund ist einleuchtend. Die Regierung fürchtet das Haus, weil sie auf Grund der hinter ihr liegenden Erfahrungen von einem Tag zum andern nicht weiß, ob sie eine Mehrheit in diesem Hause hat. Das ist der tiefere Grund, warum dieses hohe Haus so selten zusammen kommt. Angesichts dieser Praxis kann man nach außen hin sagen, wir haben in Österreich wirklich eine Diktatur, das Parlament darf bei uns nichts reden. So wird die Sache nach außen hin aufgemacht. Aber es ist eine schlecht kopierte Diktatur. Ich möchte da an eine witzige Karikatur erinnern, die treffend kennzeichnet, wie man in Österreich durch die gegenwärtige Regierung die Diktatur markiert.

Nun aber zur Vorlage selbst. Die Fraktion, die ich hier zu vertreten habe, hält eine Reform unserer Geschäftsordnung für notwendig, weil die Bestimmungen der heutigen Geschäftsordnung zum großen Teil aus der Geschäftsordnung des alten Reichsrates übernommen wurden, aus einer Institution, die mit dem heutigen Nationalrat nicht zu vergleichen ist. Es haben im alten Reichsrat wesentlich andere Verhältnisse bestanden, die heute natürlich nicht mehr bestimmend sein können. Wenn ich das sage, so bezieht es sich nicht auf den § 26 unserer heutigen Geschäftsordnung allein, sondern auch auf eine Menge anderer Bestimmungen. Es ist vom Herrn Präsidenten Renner heute ein Antrag eingebracht worden, der eine Stärkung der Disziplinargewalt des Vorstehenden vorsieht, lauter Dinge, die gewiß am Plage sind. Aber über die jetzt in Frage stehenden Bestimmungen unserer Geschäftsordnung hinaus gibt es, wie gesagt, eine Menge anderer Bestimmungen, die abänderungsbedürftig sind. Infolgedessen sind wir der Meinung, daß man die Geschäftsordnung an Haupt und Gliedern ändern und sich nicht damit begnügen soll, die eine oder die andere Bestimmung abzuändern.

Zum Initiativantrag des Herrn Abg. Dr. Buresch selbst möchte ich folgendes sagen. Herr Abg.

Dr. Buresch verfällt hier in ein System, mit dem wir in Österreich recht wenig Glück gehabt haben, in das System der Rückwirkung. Ich bin ohne weiteres damit einverstanden, daß man für künftige Fälle derartige Änderungen der Geschäftsordnung vorsieht, denen dann Rechnung getragen werden soll. Aber hier handelt es sich um etwas, wodurch pro praeterito auf Grund einer in die Geschäftsordnung aufzunehmenden Bestimmung etwas geändert werden soll. Sie werden sich erinnern können, wir haben ein Gesetz über die Untreue rückwirkend gemacht. Man war in diesem hohen Hause selbst sehr uneinig, ob man das überhaupt machen soll. Die ganze, sagen wir, zivilisierte Welt hat aufgehört, daß ein derartiges Gesetz rückwirkend gemacht werden soll. Wir haben es rückwirkend gemacht und haben geglaubt, daß sich die ganze Welt daran halten wird. Wir haben sehr bald erfahren müssen, daß sich die Welt um derartige rückwirkende Gesetze gar nicht kümmert. Wir bemängeln also in erster Linie, daß diese Änderung der Geschäftsordnung rückwirkend gelten soll. Wenn sie für die Zukunft gelten soll, läßt sich ja darüber reden. Wir haben keine Veranlassung, auf solche Art der Regierung mit unseren Kräften eine Mehrheit zu sichern, die sie eigentlich nicht verdient.

Ich möchte zum Schlusse meiner Ausführungen noch einmal wiederholen, daß wir selbstverständlich für eine gründliche Reform unserer Geschäftsordnung sind, für eine Reform an Haupt und Gliedern, aber nicht für ein derartiges Flickwerk. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Damit ist die erste Lesung des Antrages beendet.

Das Haus beschließt, den Antrag Dr. Buresch u. Gen. (283/A) dem neu zu wählenden Geschäftsausschusse zuzuweisen.

Es wird nunmehr die Wahl eines 25gliedrigen Geschäftsausschusses vorgenommen.

Gewählt werden als:

Mitglieder: Appel, Bauer Otto, Binder, Buresch, Doppler, Eisler, Ellenbogen, Horvatek, Hrynitschak, Kneißl, Leutgeb, Neustädter-Stürmer, Probst, Ramek, Richter, Rieger, Seiz, Sever, Stögner, Straßner, Wancura, Waß, Weigl, Winkauer und Witternigg;
Ersatzmänner: Rösch, Stika, Födermayr, Paulitsch, Kolb, Hautmann, Korek, Poppe, Roth, Zingl, Rapral, Kampitsch, Wallisch, Mayrhofer, Leuthner, Janicki, Forstner, Danneberg, Wollek, Prodingner, Delzelt, Kolassa, Raser, Schmitz und Jiricek.

Präsident: Die nächste Sitzung schlage ich vor für Dienstag, den 29. November, 3 Uhr nachmittags, mit vorbehaltener Tagesordnung.

Ich nehme allerdings die Entgegennahme des Berichtes des Geschäftsausschusses in Aussicht.

Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr abends.